

61.854/4/2V

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Denkmalschutz;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für den Denkmalschutz zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. JUNI 2008
ÜBER DEN SCHUTZ DER DENKMÄLER, KLEINDENKMÄLER, ENSEMBLES UND
LANDSCHAFTEN SOWIE ÜBER DIE AUSGRABUNGEN**

INHALTSANGABE

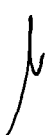
Das Denkmalschutzdekret soll in drei Punkten angepasst werden:

- Einführung neuer Ahndungsinstrumente zur besseren Durchsetzbarkeit des Denkmalschutzes
- Verstärkter Fokus im Hinblick auf eine vorbeugende Denkmalschutzpolitik
- Einführung einer Reihe formaler Anpassungen



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	6



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das aktuelle Denkmalschutzdekret ist 2009 in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt wurde der Rechtstext per Programmdekret vereinzelt angepasst. Mit dem vorliegenden Entwurf soll das Denkmalschutzdekret nach knapp zehn Jahren der Anwendung in den drei folgenden Punkten relativ umfassend angepasst werden:

- Einführung neuer Ahndungsinstrumente zur besseren Durchsetzbarkeit des Denkmalschutzes
- Verstärkter Fokus im Hinblick auf eine vorbeugende Denkmalschutzpolitik
- Einführung einer Reihe formaler Anpassungen

Neue Ahndungsinstrumente

Mit der Einführung neuer Ahndungsinstrumente wird die Regierungsmaßnahme „Vollstreckungsmaßnahmen Denkmalschutz“ im Laufenden Arbeitsprogramm 2014-2019 umgesetzt:

„2008 ist das Denkmalschutzdekret im Parlament verabschiedet worden. Bereits 1994 war der Denkmalschutz an die DG übertragen worden. Aufgrund der engen Verwebung mit der Raumordnung hatte sich die DG-Regierung vergeblich um ein Zusammenarbeitsabkommen mit der Wallonischen Region bemüht, so dass die Regierung 2008 letztendlich für die Einführung eines gesonderten Genehmigungsprozesses – zusätzlich zur Baugenehmigung – optiert hatte. Das Denkmalschutzdekret war allerdings in der Optik einer zeitnahen Übertragung der Raumordnung verfasst worden, so dass der administrative Unterbau des Dekrets bewusst leicht gehalten worden war. Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Denkmalschutzdekrets ist festzustellen, dass der Denkmalschutz nicht über die erforderlichen Instrumente verfügt, die zur Umsetzung einer solchen Regelmaterie notwendig sind. Hauptknackpunkt ist die Ahndung von Arbeiten, die ohne Denkmalgenehmigung durchgeführt worden sind. Laut Artikel 13 §4 kann die Regierung den Verursacher „für Arbeiten, die ohne Denkmalgenehmigung oder entgegen der in ihr enthaltenen Vorschriften vorgenommen wurden, [...] zu seinen Lasten nach Aufforderung und Maßgabe der Regierung zur teilweisen oder vollständigen Versetzung in den vorherigen Zustand oder zur Korrektur der vorgenommenen Veränderungen verpflichte[n].“ Kommen die Bauherren diesen Auflagen nicht nach, kann die Staatsanwaltschaft, Bußgelder oder Gefängnisstrafen verhängen. Die Durchsetzung dieser Instrumente – wie etwa das Anstrengen eines Strafprozesses bei Zuwiderhandlung – implizieren jedoch sehr aufwändige, juristische Verfahren, die die personellen und fachlichen Möglichkeiten des Fachbereichs Denkmalschutz übersteigen. Dies läuft daher oftmals darauf hinaus, dass, wenn alle dem Fachbereich zugänglichen Mittel erfolglos angewandt worden sind (Baustellenbegleitungen, schriftliche Anweisung der zuständigen Ministerin an den Verursacher gemäß Artikel 13, § 4), Verstöße gegen den Denkmalschutz nicht weiter geahndet werden. Dies ist eine unhaltbare Situation. Zumal sich angesichts der Überlastung der Strafgerichte die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellt.

Es ist daher Ziel, über die Einführung adäquater Instrumente nachzudenken, die zur glaubwürdigen Durchsetzung einer Regelmaterie erforderlich sind. In der Raumordnung gibt es beispielsweise die Möglichkeit zur Regularisierung. Die Regularisierung ist an die vorherige Zahlung einer Verwaltungsstrafe gekoppelt. Das Denkmalschutzdekret soll juristisch auf die Durchführbarkeit der derzeit vorgesehenen Ahndungsmöglichkeiten überprüft werden und entsprechende zusätzliche Instrumente erarbeitet werden.“

2015 hat die Regierung ein juristisches Gutachten zur Auswertung der anderen belgischen Rechtstexte zur Raumordnung und zum Denkmalschutz in punkto Ahndung und Vollstreckung in Auftrag gegeben. Auf dieser Grundlage ist das Dekretkapitel zur Kontrolle und Ahndung von Verstößen komplett überarbeitet und umfassend ergänzt worden,

um der Regierung ein ausreichendes Handlungsrecht zur Durchsetzung des Denkmalschutzdekrets im Interesse der Allgemeinheit und zur Verteidigung des materiellen Kulturerbes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuräumen.

Es werden eine Reihe allgemeinüblicher rechtlicher Handlungsmöglichkeiten wie administrative Strafen eingeführt. Oberstes Ziel bei der Durchsetzung des Denkmalschutzdekrets soll aber weniger die Bestrafung der Verursacher, sondern der Erhalt des materiellen Kulturerbes sein. Daher wird mit der Konformitätsprüfung, das gewissermaßen das Herzstück der neuen Verstoß- und Kontrollmodalitäten bildet, eine ostbelgienspezifische Neuerung eingeführt. In Ergänzung dazu wird mit der Anpassung von Artikel 13, der die genehmigungspflichtigen Arbeiten regelt, präzisiert, dass eine Reihe von Arbeiten im Schutzbereich nicht mehr einer Denkmalgenehmigung bedürfen. Damit soll der Fokus des Dekrets verstärkt auf die geschützten Güter gelegt werden und eine gewisse Verwaltungsvereinfachung erreicht werden.

Vorbeugender Denkmalschutz

Nach dem Motto „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ soll mit dem vorliegenden Dekret ähnlich wie in der Wallonie und Flandern ein stärkerer Fokus auf eine vorbeugende Denkmalschutzpolitik gelegt werden. Dazu werden die drei folgenden Maßnahmen eingeführt:

- Die Erstellung von Zustandsblättern: Zukünftig wird der für Denkmalschutz zuständige Fachbereich des Ministeriums von allen Denkmälern ein Zustandsblatt erstellen, damit die Eigentümer über den aktuellen Zustand ihres Denkmals und anstehende Arbeiten informiert sind.
- Zuschüsse für Unterhaltsarbeiten an Denkmälern: Neu ist, dass an Denkmälern zukünftig auch Unterhaltsarbeiten bezuschusst werden können. Damit soll der Anreiz für einen möglichst effizienten Erhalt der Gebäude geschaffen werden.
- Anpassung von Unterschutzstellungen: Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, dass der Denkmalschutz auf Veränderungen an Denkmälern besser und adäquat reagieren können. Zudem sollen die aktuellen Unterschutzstellungen einer grundsätzlichen Prüfung v.a. in Bezug auf Repräsentativität, Denkmalwert und Zustand unterzogen werden.

Formale Anpassungen

Mit dem vorliegenden Vorschlag werden eine Reihe formaler Anpassungen vorgenommen. Diese beziehen sich v.a auf die Informationspflicht, da oftmals Ignoranz der Grund für das Unterlassen eines Antrags auf Denkmalgenehmigung ist. Zudem wurde in der Praxis festgestellt, dass die meisten Verstöße gegen das Denkmalschutzdekret auf Unkenntnis oder einer falschen Auffassung der Pflichten und Rechte als Eigentümer eines Denkmals bzw. eines Gebäudes im Schutzbereich beruhen.



KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel ergänzt die bestehenden Definition um den Begriff „Unterhaltsarbeiten“.

Artikel 2

Dieser Artikel präzisiert den formalen Ablauf des Vorschlags zur Unterschutzstellung.

Der Vorschlag zur Unterschutzstellung muss anhand eines Formulars bei der Regierung eingereicht werden

Artikel 3

Mit diesem Artikel wird präzisiert, ab wann der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung verbindlich wird: den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt verbindlich wird.

Die Übermittlung an die betroffenen Eigentümer und Behörden geht der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt voraus.

Der Text entspricht Artikel 53 Absatz 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, der bestimmt, dass Erlasse, die den Betroffenen zugestellt worden sind, ab der Zustellung oder ab der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt, falls diese vorausgegangen ist, bindend sind.

Die Präzisierung im Text selbst des Denkmalschutzdekrets gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen. Wie schon im allgemeinen Kommentar angeführt, beruhen die heute im Alltag festgestellten Vergehen gegen die Vorschriften des Denkmalschutzdekrets in den häufigsten Fällen auf einer fehlenden Information oder einem falschen Verständnis der den Betroffenen auferlegten Verpflichtungen.

Artikel 4

Wenn ein Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wird, werden die Eigentümer darüber informiert. Sie sind dazu verpflichtet, alle Nutzer des Gebäudes wie Mieter usw. über die Unterschutzstellung in Kenntnis zu setzen. Bisher traf dies nur auf die Denkmaleigentümer zu. Der Artikel weitet bei einer vorläufigen Unterschutzstellung die Informationspflicht auf die Eigentümer von Gebäuden im Schutzbereich aus. Der bisherige Text steht anderen Gesetzgebungen Belgiens in diesem Bereich bislang nach.

Die Präzisierung selbst im Text des Denkmalschutzdekrets über die auszugsweise Veröffentlichung im Staatsblatt gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen.

Artikel 5

Dieser Artikel erweitert die Informationspflicht des Verfahrens zur endgültigen Unterschutzstellung: Bisher wurden nur die Eigentümer des Denkmals um ihre Stellungnahme bei einer Unterschutzstellung gebeten. Dies wird auf die Eigentümer im Schutzbereich ausgeweitet

Der letzte Absatz des Artikels ergibt sich aus dem oberen Absätzen und kann gestrichen werden.



Artikel 6

Dieser Artikel erweitert die Informationspflicht für die Eigentümer im Schutzbereich und die Gemeinde bei einer endgültigen Unterschutzstellung.

Es wird präzisiert, dass bei einer Unterschutzstellung auch ein Schutzbereich eingetragen wird.

Artikel 7

Dieser Artikel erweitert die Informationspflicht für die Eigentümer im Schutzbereich bei einer nachträglichen Eintragung eines Schutzbereiches bei bestehenden Unterschutzstellungen. Der bisherige Text steht anderen Gesetzgebungen Belgiens in diesem Bereich bislang nach.

Der Text sieht vor, dass der Erlass zur Eintragung eines Schutzbereiches den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt verbindlich wird.

Die Übermittlung an die betroffenen Eigentümer und Behörden geht der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt voraus.

Der Text entspricht Artikel 53 Absatz 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die deutschsprachige Gemeinschaft, der bestimmt, dass Erlasse, die den Betroffenen zugestellt worden sind, ab der Zustellung oder ab der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt, falls diese vorausgegangen ist, bindend sind.

Die Präzisierung im Text selbst des Denkmalschutzdekrets gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen.

Artikel 8

Artikel 8 sieht vor, einen neuen Artikel 8.2 in das Denkmalschutzdekret einzufügen bezüglich der Verbindlichkeit der endgültigen Unterschutzstellung. Der Text sieht vor, dass der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt verbindlich wird.

Die Übermittlung an die betroffenen Eigentümer und Behörden geht der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt voraus.

Der Text entspricht Artikel 53 Absatz 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die deutschsprachige Gemeinschaft, der bestimmt, dass Erlasse, die den Betroffenen zugestellt worden sind, ab der Zustellung oder ab der Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt, falls diese vorausgegangen ist, bindend sind.

Die Präzisierung im Text selbst des Denkmalschutzdekrets gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen. Wie schon im allgemeinen Kommentar angeführt, beruhen die heute im Alltag festgestellten Vergehen gegen die Vorschriften des Denkmalschutzdekrets in den häufigsten Fällen auf einer fehlenden Information oder einem falschen Verständnis der den Betroffenen auferlegten Verpflichtungen.

Artikel 9

10

Dieser Artikel weitet die Informationspflicht bei einer endgültigen Unterschutzstellung auf die Eigentümer im Schutzbereich aus..

Die Präzisierung selbst im Text des Denkmalschutzdekrets über die auszugsweise Veröffentlichung im Staatblatt gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen.

Artikel 10

Artikel 10 betrifft Anpassungen bezüglich der Erhaltungspflicht vorläufig oder endgültig geschützter Güter. Die Arbeiten, die den Eigentümern auferlegt werden können, dienen zur Vorbeugung der Zerstörung bzw. der Beschädigung des geschützten Gutes. In dringenden Fällen kann die Regierung beschließen, dass die geforderten Arbeiten von der Genehmigungspflicht befreit sind. Es handelt sich um Fälle, in denen der Schaden unmittelbar bevorstehend ist und er schon vor Ablauf der Fristen zur Erteilung der Genehmigung einzutreten droht.

Bei Nichtdurchführung der Arbeiten durch den Eigentümer kann die Regierung entscheiden, dass die Gemeinschaft, die Provinz oder die Gemeinde die zur Erhaltung des Gutes erforderlichen vorsorglichen Maßnahmen ergreift, auf Kosten des Eigentümers und unter der eventuellen Berücksichtigung der von der Gemeinschaft gewährten Zuschüsse und in Einbezug der eventuell gemäß Artikel 10.1 hinterlegten Kautions- oder Garantie.

Artikel 11

Artikel 11 fügt in das Denkmalschutzdekret Bestimmungen bezüglich der Hinterlegung einer Kautions- oder Garantie (Artikel 10.1), der Förderung von Unterhaltsarbeiten an endgültig geschützten Gütern (Artikel 10.2) und der Erstellung von Zustandsberichten der endgültig geschützten Güter (Artikel 10.3) ein.

Geschützte Güter benötigen ggf. die Durchführung von Arbeiten zu ihrem Erhalt oder zur Vorbeugung ihrer Zerstörung bzw. Beschädigung. Diese Arbeiten obliegen den betroffenen Eigentümern. Bei nichtwilligen Eigentümern hat zwar die Regierung die Möglichkeit, die Arbeiten von Amts wegen durchführen zu lassen. Die Erfahrung ergibt aber, dass die Regierung danach Schwierigkeiten hat, die für die notwendigen Arbeiten vorgelegten Kosten zurückzufordern. Daher soll die Regierung die Möglichkeit erhalten, das Hinterlegen einer Kautions- oder Garantie für die Durchführung der zum Erhalt des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder zur Vorbeugung seiner Zerstörung bzw. Beschädigung notwendiger Arbeiten zu bestimmen. Die Kautions- oder Garantie deckt die von Amts wegen durch die Gemeinschaft, Provinz oder Gemeinde durchgeführten Arbeiten, wenn diese nicht freiwillig durch die Eigentümer durchgeführt werden. Die Höhe der Kautions- oder Garantie ist abhängig von den durchzuführenden Arbeiten. Der Betrag kann in begründeten Fällen durch die Regierung angepasst werden. Die Hinterlegung einer Kautions- oder Garantie kann ggf. durch richterliche Entscheidung gefordert werden.

Momentan werden durch das Infrastrukturdekret nur Maßnahmen zur Instandsetzung des geschützten Guts gefördert. Es muss demnach ein Schaden vorliegen, damit ein Antragsteller zuschussfähig ist. Durch den neu eingefügten Artikel können Eigentümer Zuschüsse für die notwendigen Unterhaltsarbeiten an einem endgültig geschützten Gut beantragen. Artikel 10.2 bestimmt die Modalitäten und Bedingungen dieser Zuschüsse. Bei Verstoß gegen die Zuschussbedingungen in einer Frist von 2 Jahren nach Auszahlung des Zuschusses, kann dieser durch die Regierung teilweise oder ganz zurückgefordert werden.

Artikel 10.3 eröffnet die Möglichkeit der Erstellung eines Zustandsberichts der endgültig geschützten Güter durch die Regierung. Der Zustandsbericht hat zum Zweck, den Zustand des Gutes zu untersuchen, zu beschreiben und Maßnahmen für einen Zeitraum der nächsten 5 Jahre zu bestimmen. Wenn ein solcher Bericht erstellt wird, wird er dem

Eigentümer zugestellt. Zweck ist es, dem Eigentümer eine Übersicht der notwendigen Verpflichtungen auf längere Sicht hin zu geben und eine integrierte Erhaltung des Guts zu gewährleisten.

Artikel 12

Dieser Zusatz präzisiert den Zeitpunkt der Verbindlichkeit des Erlasses zur endgültigen Unterschutzstellung.

Artikel 13

Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets regelt, für welche Arbeiten eine Denkmalgenehmigung erforderlich ist. Bisher ist das Verfahren für Arbeiten an Denkmälern und an Gebäuden im Schutzbereich dasselbe. Mit dem vorliegenden Dekret wird ein differenziertes Verfahren eingeführt: Jegliche Arbeiten an einem Denkmal sind genehmigungspflichtig. Es wird sogar präzisiert, dass auch Unterhaltsarbeiten einer Denkmalgenehmigung bedürfen. Hingegen gewisse Arbeiten im Schutzbereich sind zukünftig nicht mehr genehmigungspflichtig: Das Verfahren zur Erlangung einer Denkmalgenehmigung kann eingestellt werden, wenn nach einer Überprüfung des Antrags festgestellt wird, dass das Gut sich im Schutzbereich befindet und die geplanten Maßnahmen keine Auswirkung auf den Zeugniswert oder das Erscheinungsbild des geschützten Guts haben. Dies wird dem Antragsteller innerhalb von 15 Tagen nachdem der Antrag vollständig vorliegt schriftlich mitgeteilt und das Antragsverfahren beendet. Wichtig ist dabei als ausschlaggebendes denkmalrelevantes Kriterium, die potentielle Auswirkung der Arbeiten auf den Zeugniswert oder das Erscheinungsbild des geschützten Guts.

Aufgrund von Anpassungen und Neuformulierung wird zur besseren Lesbarkeit Artikel 13 des Denkmalschutzdekretes vollständig ersetzt. Das bestehende Verfahren zur Erlangung einer Denkmalgenehmigung wird präzisiert und teilweise angepasst, um es zu beschleunigen.

Das Gutachten des Gemeindegremiums wird im weiteren Genehmigungsverfahren nicht beantragt, wenn die Gemeinde selbst Antragstellerin ist.

Um eine strukturierte Verwaltung und Kontrolle über die genehmigten Arbeiten zu erhalten, muss der Antragsteller nach Erhalt der Denkmalgenehmigung mindestens acht Kalendertage vor Beginn der Arbeiten die Regierung per Einschreiben benachrichtigen.

Der Antragsteller ist dazu verpflichtet die Genehmigung der Arbeiten öffentlich bekanntzugeben, damit seine Nachbarn über die Arbeiten informiert werden.

Artikel 14

Dieser Artikel erweitert die Informationspflicht für die Eigentümer im Schutzbereich bei einer endgültigen Unterschutzstellung. Der bisherige Text steht anderen Gesetzgebungen Belgiens in diesem Bereich bislang nach.

Artikel 15

Ein Großteil der Unterschutzstellungserlasse stammt aus den 1980er Jahren oder früher und sind nur selten präzise beschrieben. Die geschützten Güter und die Denkmalschutzpolitik haben sich in den vergangenen Jahren verändert, sodass eine Neubewertung der Erlasse zur Unterschutzstellung anhand eines Vergleich mit dem Bestand und der Ist-Situation notwendig geworden ist. Das Verfahren ist aus Gründen der Rechtssicherheit dasselbe wie bei einer Unterschutzstellung oder einem Widerruf.



Artikel 16

Zur Vereinfachung der Antragstellung stellt die Regierung ein Formular zur Verfügung.

Artikel 17

Dieser Artikel wird bezüglich der Gewährung von Entschädigungen im Fall von Zufallsfunden präzisiert. Sie gilt dem Zweck der korrekten Durchführung des Verfahrens und der vollständigen Information aller Betroffenen.

Artikel 18

Dieser Artikel nimmt eine notwendige Umbenennung der Überschrift durch die Neuordnung des Dekrets und das Hinzufügen neuer Kapitel vor.

Artikel 19

Die Frist wird um einen Tag verlängert, da der 15. August ein Feiertag ist.

Artikel 20

Dieser Artikel führt eine allgemeine Bestimmungen zur Regelung der Zuschusskontrolle auf.

Artikel 21

Artikel 21 betrifft die Neustrukturierung der zukünftigen Artikel 43-46.8 in ein eigenes Kapitel VII „Verstöße und Strafmaßnahmen“.

Artikel 22

Artikel 22 schreibt den aktuellen Artikel 43 des Denkmalschutzdekrets neu. Die Erfahrung hat ergeben, dass verschiedene Handlungen, die dem Denkmalschutzdekret entgegenstehen, nicht unter Strafe gestellt sind und damit nicht untersagt oder verfolgt werden können.

Die Liste der untersagten Handlungen muss daher vervollständigt werden.

Nicht nur die Durchführung von nicht dem Denkmalschutzdekret entsprechenden Arbeiten und Handlungen, sondern auch ihr Aufrechterhalten muss unter Strafe gestellt werden. Da es gilt, die Erhaltung geschützter Güter zu garantieren, muss die Regierung auch die Möglichkeit haben, die Rückforderung oder Anpassung illegal durchgeführter Arbeiten demjenigen aufzuerlegen, der sie eventuell nicht selbst durchgeführt hat, der sie aber aufrechterhält. Parallel dazu sind Informationsverpflichtungen vorgesehen, damit zukünftige Eigentümer über den Schutzzustand des Gutes informiert sind und dieses in vollster Kenntnis der zukünftigen Verpflichtungen erwerben können.

Das Nichtbeachten dieser Verpflichtungen und aller anderen Informationspflichten, wird ebenfalls unter Strafe gestellt und kann verfolgt werden.

Die Verstöße können demjenigen auferlegt werden, der sie durchgeführt hat und dem Eigentümer des betroffenen Gutes, der sie veranlasst, ihnen zugestimmt oder sie geduldet hat.

Artikel 23



Artikel 23 vervollständigt den Artikel 44 des Denkmalschutzdekrets. Es gilt ausdrücklich zu bestimmen, wem die durch die bezeichnenden Beamten erstellten Protokolle bezüglich der in Artikel 43 genannten Verstöße übermittelt werden müssen und innerhalb welcher Frist.

Artikel 24

Artikel 24 fügt in das Denkmalschutzdekret einen Artikel 45.1 ein. Er eröffnet die Möglichkeit, vor der Protokollerstellung eine Verwarnung auszusprechen und eine Frist zur Aufhebung des Verstoßes zu gewähren. Zweck ist es, dem Betroffenen eine letzte Möglichkeit zu geben, sich den Bestimmungen des Denkmalschutzdekrets anzupassen, ohne dass es weiterer Verwaltungs- oder Strafmaßnahmen oder sogar gerichtlicher Maßnahmen bedarf. Bei mündlicher Verwarnung ist eine schriftliche Bestätigung innerhalb von 15 Kalendertagen vorgesehen. Wenn der Verstoß nach Ablauf der Frist nicht behoben wurde, wird ein Protokoll erstellt.

Artikel 25

Artikel 25 betrifft Änderungen des aktuellen Artikels 46 und des Verfahrens der Anordnungen. Zweck ist es, die Bedingungen und die Modalitäten des Verfahrens zu präzisieren.

Die zuständigen Beamten und Bediensteten haben die Möglichkeit, die Unterbrechung der Arbeiten, die Einstellung der Benutzung des Gebäudes oder die Ausführung von Handlungen an Ort und Stelle anzuordnen, wenn diese ohne Genehmigung oder entgegen der Vorschriften von erteilten Genehmigungen durchgeführt werden. Es geht darum, noch nicht fertig gestellte Arbeiten zu unterbrechen (Baustopp) oder deren illegale Benutzung zu untersagen, um größere Schäden an vorläufig oder endgültig geschützten Gütern zu vermeiden. Bei fertiggestellten Arbeiten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Anordnungen sind auch bei Zufallsfunden von archäologischen Gütern möglich, um eine Zerstörung oder Beschädigung der archäologischen Güter zu vermeiden.

Die Anordnung muss innerhalb von 7 Kalendertagen durch die Regierung bestätigt werden. Das Protokoll und der Bestätigungsbeschluss werden den in der Bestimmung aufgezählten Einrichtungen und Personen per Einschreiben übermittelt. Die Möglichkeit, beim Präsidenten des Gerichts der Erster Instanz die Aufhebung der Maßnahme zu beantragen, ist beibehalten.

Artikel 26

Artikel 26 hat zum Zweck, das Verfahren der Verfolgung von Verstößen gegen das Denkmalschutzdekret zu vervollständigen und den Erfahrungen der letzten Jahre anzupassen. Artikel 26 fügt die Art. 46.1-46.8 in das aktuelle Denkmalschutzdekret ein. Diese Bestimmungen eröffnen der Regierung sowohl außergerichtliche, als auch gerichtliche Verfahrensmöglichkeiten.

Drei außergerichtliche Verfahrensmöglichkeiten sind vorgesehen: ein Vergleichsverfahren, das Bestimmen von Verwaltungsmaßnahmen und/oder die Forderung von administrativen Geldbußen.

Bei durch Protokoll festgestellten Verstößen und wenn der Prokurator des Königs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Protokolls nicht seine Absicht mitgeteilt hat, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen, kann die Regierung

- entweder, das Verfahren zur Konformitätsprüfung gemäß dem neu eingefügten Artikel 46.2 einleiten

- oder Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 und/oder eine administrative Geldbuße auferlegen.

Ungeachtet dieser außergerichtlichen Verfahrensmöglichkeiten sieht der vorgeschlagene Dekrettext ausdrücklich gerichtliche Verfolgungsmöglichkeiten vor. Er bestimmt, welche Maßnahmen vor dem Strafrichter bei strafrechtlicher Verfolgung durch den Prokurator oder vor dem Zivilrichter aus Initiative der Regierung gefordert werden können. Zweck ist es, der Regierung, sowohl im Strafverfahren als auch im Zivilverfahren, ein eigenes Handlungsrecht im Interesse der Allgemeinheit und zur Verteidigung des Denkmalschutzes einzuräumen.

Verfahren zur Konformitätsprüfung (Art. 46.2)

Das Verfahren zur Konformitätsprüfung erlaubt es der Regierung, die Regularisierungsmöglichkeit der begangenen Vergehen zu untersuchen.

Die Untersuchung findet auf Grundlage eines Antrags statt. Die Regierung kann beschließen, vom Verursacher das Einreichen eines Antrags auf Konformitätsprüfung innerhalb einer festgelegten Frist zu fordern. In den meisten Fällen ist es der Regierung nämlich unmöglich, ohne Pläne und ohne weitere Informationen zu beurteilen, ob Arbeiten und Handlungen ggf. nachträglich genehmigt werden können oder nicht. Der Antrag entspricht dem Inhalt eines Antrags auf Denkmalgenehmigung (Artikel 13), auf Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten (Artikel 25.1) oder auf Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen (Artikel 26). Schon vorab kann die Regierung ggf. Anpassungen der Arbeiten fordern, die im Antrag auf Konformitätsprüfung berücksichtigt werden müssen.

Die Regierung entscheidet über den Antrag durch einen Konformitätsbeschluss.

Die Regierung hat 3 Möglichkeiten:

- Sie stellt fest, dass die Arbeiten und Handlungen nachträglich genehmigt werden können. In diesem Fall schlägt die Regierung die Zahlung eines Vergleichsbetrags in einer von ihr bestimmten Frist (maximal 12 Monate) vor. Der Betrag wird gemäß dem §9 des neuen Artikels 46.2 festgelegt. Die öffentlichen Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfällt. Der Konformitätsbeschluss gilt Genehmigung gemäß der Art. 13, und 25.1 oder 26.

- Sie stellt fest, dass die Arbeiten und Handlungen mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten und/oder ggf. unter Berücksichtigung von im Beschluss festgesetzten Bedingungen nachträglich genehmigt werden können. In diesem Fall schlägt die Regierung ebenfalls einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch die Zahlung einer gemäß §9 des Artikels 46.2 festgelegten Geldsumme und durch die Durchführung der geforderten Abänderungsarbeiten oder Bedingungen. Eine Kontrolle der Arbeiten wird durchgeführt. Ab Erhalt der Zahlung des Vergleichsbetrages und Vorlage der Konformitätsbescheinigung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten oder einzuhaltenden Bedingungen, bzw. ab Ablauf der Frist zur Durchführung der Konformitätskontrolle, wenn eine solche durch den Verursacher beantragt und nicht in der vorgegebenen Frist durchgeführt wurde, wird der Konformitätsbeschluss rechtskräftig. Die öffentlichen Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfällt. Der Konformitätsbeschluss gilt Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

- Sie stellt fest, dass die durchgeführten Handlungen und Arbeiten nicht nachträglich genehmigt werden können, da sie mit den Zielsetzungen und Bestimmungen des Denkmalschutzdekrets nicht vereinbar sind. In diesem Fall fordert die Regierung die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand innerhalb einer von ihr festgelegten Frist (maximal 12 Monate).

Eine Einspruchsmöglichkeit bei der Regierung ist vorgesehen. Falls der Beschluss der Regierung über den Einspruch nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wird, gilt der in erster Instanz verfasste Beschluss als bestätigt.

Um den Zweck der neu bestimmten Verfolgungsmaßnahmen zu garantieren und um zu verhindern, dass nach Protokollerstellung parallel zum Verwaltungsverfahren oder zum eventuellen Konformitätsverfahren ein Antrag auf Genehmigung eingereicht wird, um das Verfahren und die eventuelle Strafmaßnahme zu umgehen, ist vorgesehen, dass jeder Antrag gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26, der sich auf Arbeiten und Handlungen bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll erstellt wurde und der nicht im Rahmen einer Konformitätsprüfung eingereicht wurde, als unzulässig erklärt werden muss bis:

- entweder ein rechtskräftiges Urteil durch ein zuständiges Gericht gefällt wurde,
- ein Konformitätsbeschluss rechtskräftig geworden ist oder
- die Durchführung geforderter Maßnahmen und/oder die Zahlung auferlegter Geldbußen durch die Regierung bestätigt wurde.

Die Unzulässigkeit betrifft Anträge, die nach der offiziellen Zustellung des Protokolls eingereicht werden.

In §9 des neuen Artikels 46.1 wird festgelegt, wie der Vergleichsbetrag zu berechnen ist. Die Berechnung ist an die entsprechende wallonische Vorlage angelehnt.

Verwaltungsmaßnahmen (Art. 46.3)

Der Regierung ist es möglich, Verwaltungsmaßnahmen zu fordern.

Diese Möglichkeit besteht z.B. in folgenden Fällen:

- in den Fällen, in denen ohne weitere Informationen feststeht, dass die illegal durchgeführten Handlungen und Arbeiten nicht nachträglich genehmigt werden können, auch nicht mittels Abänderungsarbeiten oder Bedingungen. In diesen Fällen ist eine Konformitätsprüfung überflüssig.
- in den Fällen, in denen der Verursacher den Aufforderungen im Rahmen des Verfahrens zur Konformitätsprüfung nicht nachkommt.
- in den Fällen, in denen die Konformitätsprüfung zu lange dauern würde, um einen Schaden am vorläufig oder endgültig geschützten Gut zu vermeiden.

Die Maßnahmen, die gefordert werden können sind folgende:

- die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand bzw. die Durchführung von Abänderungsmaßnahmen innerhalb einer von der Regierung festgelegten Frist (maximal 12 Monate);
- die Versiegelung des betroffenen Gutes und wenn nötig, seine sofortige vorübergehende Schließung;
- jede sonstige nützliche Maßnahme, um einen Schaden am geschützten Gut, an einem archäologischen Gut, einer archäologischen Stätte oder einer archäologischen Sondierung zu beseitigen oder zu verhindern.

Für die Durchführung der geforderten Maßnahmen ist keine Genehmigung gemäß Artikel 13, 25.1 oder 26 notwendig.

Der Verursacher besitzt die Möglichkeit, die Aufhebung des Beschlusses beim Korrektionalgericht binnen 30 Kalendertagen nach Erhalt des Beschlusses einzufordern.

Bei nichtwilligen Verursachern kann die Regierung die angeordnete Maßnahme zulasten des Verursachers von Amts wegen durchführen. Die Regierung kann ggf. eine Kaution oder Garantie als Sicherheit für die durchzuführenden Arbeiten fordern.

Administrative Geldbußen (Art. 46.4-46.6)



Die festgestellten Verstöße, die nicht durch den Prokurator des Königs strafrechtlich verfolgt werden und die nicht Gegenstand eines rechtskräftigen Konformitätsbeschlusses geworden sind, können mittels Geldbuße verfolgt werden. Die betroffenen Bestimmungen lehnen sich an das Gesetz vom 24. Juni 2013 über die kommunalen Verwaltungssanktionen an. Die Geldbuße muss in einer Frist von 6 Monaten auferlegt werden. Diese Frist läuft entweder ab Erhalt des Feststellungsprotokolls, oder, wenn entschieden wurde, das Verfahren zur Konformitätsprüfung durchzuführen, ab Ablauf der dem Verursacher zugestandenen Fristen im Rahmen dieses Verfahrens. Nach Ablauf der 6 Monate, kann keine Geldbuße mehr auferlegt werden.

Das Verfahren zur administrativen Geldbuße kann parallel zur Forderung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 durchgeführt werden.

Die Regierung informiert den Zuwiderhandelnden per Einschreiben über ihre Absicht, das Verwaltungsverfahren zur Festlegung einer administrativen Geldbuße einzuleiten. Der Zuwiderhandelnde hat die Möglichkeit, seine Position mündlich oder schriftlich mitzuteilen. Er hat ebenfalls das Recht, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen und er hat das Recht, seine Akte einzusehen.

Die Regierung muss die Verteidigungsmittel des Zuwiderhandelnden in ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von einem Monat ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar. Eine Beschwerdemöglichkeit beim Korrektionalgericht ist vorgesehen. Der Antrag beim Korrektionalgericht setzt die Vollstreckbarkeit der Geldbuße aus.

Der vorgeschlagene Artikel 46.5 betrifft die Modalitäten zur Einforderung der administrativen Geldbußen.

Der vorgeschlagene Artikel 46.6 bestimmt, dass die administrativen Geldbußen in 5 Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen, verjähren. Die Verjährungsfrist kann allerdings gemäß Artikel 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches unterbrochen werden.

Gerichtliche Verfolgung (Art. 46.7-46.8)

Der vorgeschlagene Artikel 46.7 betrifft die gerichtliche Verfolgungsmöglichkeit der festgestellten Verstöße vor dem Korrektionalgericht. Wenn der Prokurator das Strafverfahren einleitet, ist die Regierung berechtigt, vor dem Korrektionalgericht zu fordern, dass das Gut in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird oder Abänderungsarbeiten durchgeführt werden. Das Gericht befiehlt die geforderte Wiedergutmachungsmaßnahme zusätzlich zur Strafe und legt eine Frist zur Durchführung der Maßnahme fest (maximal 12 Monate). Die Rechte der Zivilpartei beschränken sich auf die von der Regierung gewählte Maßnahme. Wie oben erwähnt, hat diese Bestimmung zum Zweck, der Regierung ein eigenes Handlungsrecht im Interesse der Allgemeinheit und zur Verteidigung des Denkmalschutzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erteilen.

In den Fällen, in den der Prokurator des Königs das Vergehen nicht vor dem Strafgericht verfolgt, ist die Regierung berechtigt, selbst ein Verfahren vor dem Zivilgericht einzuleiten und die Rückversetzung des Gutes in seinen ursprünglichen Zustand oder die Durchführung von Abänderungsarbeiten zu fordern. Auch hier beschränken sich die Rechte Drittgeschädigter auf die von der Regierung gewählte Maßnahme.

Das Verfahren sieht Vollstreckungsmöglichkeiten bei Nichtdurchführung der geforderten Arbeiten vor, inbegriffen die Erstellung einer gesetzlichen Hypothek.

Artikel 46.8 sieht außerdem vor, dass die Vorladung vor dem Korrekionalgericht oder die verfahrenseinleitende Gerichtsvollzieherurkunde beim Hypothekenamt des Gebietes, in dem das betroffene Gut liegt, eingetragen wird, sowie auch die folgenden Maßnahmen (Urteil, Durchführung der Maßnahmen, Bestehen eines rechtskräftigen Konformitätsbeschlusses oder Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen). Damit wird garantiert, dass eventuelle zukünftige Eigentümer von laufenden Verfahren oder abgeschlossenen Verfahren informiert werden, damit sie das Gut in vollster Kenntnis der genauen Sachlage erwerben können.

Artikel 27

Dieser Artikel führt eine Anpassung auf, die durch die Neuordnung des Dekrets und das Hinzufügen neuer Kapitel erfolgt.

Artikel 28

Dieser Artikel führt eine Übergangsbestimmung ein, um sicherzustellen, dass die laufenden Verfahren – beispielsweise bestehende Unterschutzstellungsverfahren oder bereits eingereichte Anträge auf Denkmalgenehmigung – weiterhin gemäß den Bestimmungen fortgeführt werden, die zu diesem Zeitpunkt anwendbar waren. Somit soll für die entsprechenden Antragsteller eine gewisse Rechtssicherheit geschaffen werden.

Artikel 29

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des Abänderungsdekrets fest.

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen

Artikel 1 – In Artikel 1 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird folgende Nummer 5.1 eingefügt:

„5.1 Unterhaltsarbeiten: Maßnahmen zur Vorsorge, Pflege und Wartung an Bestandteilen der geschützten Güter, die der authentischen Überlieferung förderlich sind, das Eintreten von Schäden vermeiden und eingreifende sowie ggf. kostenintensive Instandsetzungs- und Restaurierungsmaßnahmen in der Regel hinauszögern können;“

Art. 2 – Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 2 Nummer 5 wird das Wort „schriftliche“ durch die Wortfolge „den Eigentümern des zu schützenden Gutes per Einschreiben übermittelte“ ersetzt und zwischen den Wortfolgen „an den Eigentümer“ und „auf Ortsbegehung“ die Wortfolge „des zu schützenden Gutes“ eingefügt;

2. in Paragraph 3 wird zwischen den Wörtern „Regierung“ und „einzureichen“ die Wortfolge „anhand eines von ihr festgelegten Formulars“ eingefügt;

3. in Paragraph 5 wird die Wortfolge „der Eigentümer“ durch die Wortfolge „die betroffenen Eigentümer“ ersetzt.

Art. 3 – Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 5 – Gültigkeit und Verbindlichkeit der vorläufigen Unterschutzstellung

Die vorläufige Unterschutzstellung gilt für höchstens zwölf Monate ab dem Datum der Verabschiedung des entsprechenden Erlasses.

Der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Artikel 7 §1 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt verbindlich.“

Art. 4 – Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Der Eigentümer stellt“ durch die Wortfolge „Die von der vorläufigen Unterschutzstellung des Gutes bzw. von dessen Schutzbereich betroffenen Eigentümer stellen“ ersetzt und die Wortfolge „übermittelt der Eigentümer“ durch die Wortfolge „übermitteln die Eigentümer“ ersetzt;

2. in Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge „haftet der Eigentümer“ durch die Wortfolge „haften die Eigentümer“ ersetzt;

3. in Paragraph 2 wird am Satzende die Wortfolge „und auszugsweise im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht“ eingefügt.

Art. 5 – Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. im einleitenden Satz von Paragraph 1 Absatz 1 wird zwischen den Wortfolgen „vorläufigen Unterschutzstellung“ und „gleichzeitig“ die Wortfolge „per Einschreiben“ eingefügt;

2. in Paragraph 1 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „dem Eigentümer“ durch die Wortfolge „den Eigentümern des vorläufig unter Schutz gestellten Gutes sowie den Eigentümern der in dessen Schutzbereich liegenden Güter“ ersetzt;

3. Paragraph 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 6 – Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Absatz 1 wird am Satzende die Wortfolge „sowie über ihren Schutzbereich“ eingefügt;

2. Paragraph 3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 – Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung wird per Einschreiben gleichzeitig folgenden Personen übermittelt:

1. den Eigentümern des unter Schutz gestellten Gutes;
2. den Eigentümern der in dessen Schutzbereich liegenden Güter.

Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf.“

3. Paragraph 4 wird wie folgt ersetzt:

„§4 – Eine Abschrift des Erlasses zur endgültigen Unterschutzstellung ergeht an:

1. die Kommission;
2. das zuständige Gemeindegremium zwecks Bekanntmachung durch Aushang;
3. das Provinzgremium;
4. die Regierung der Wallonischen Region.“

Art. 7 – Artikel 8.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 2 Absatz 3 wird am Satzende folgender Satz eingefügt:

„Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf.“

2. Paragraph 2 Absatz 4 wird am Satzende folgender Satz eingefügt:

„Diese Mitteilung führt ausdrücklich die Informationspflicht gemäß Artikel 9 auf.“

3. in Paragraph 3 wird am Satzende die Wortfolge „und auszugsweise im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht“ eingefügt;

4. folgender Paragraph 4 wird eingefügt:

„§4 – Der Erlass zur Eintragung des Schutzbereichs ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Paragraph 2 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt verbindlich.“

Art. 8 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 8.2 eingefügt:

„Art. 8.2 – Verbindlichkeit der endgültigen Unterschutzstellung

Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung ist den betroffenen Eigentümern und den Behörden gegenüber ab der Übermittlung gemäß Artikel 8 §3 und Dritten gegenüber ab seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt verbindlich..“

Art. 9 – Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Der Eigentümer stellt“ durch die Wortfolge „Die von der endgültigen Unterschutzstellung des Gutes bzw. von dessen Schutzbereich betroffenen Eigentümer stellen“ ersetzt und die Wortfolge „übermittelt der Eigentümer“ durch die Wortfolge „übermitteln die Eigentümer“ ersetzt;

2. in Paragraph 1 Absatz 2 wird die Wortfolge „haftet der Eigentümer“ durch die Wortfolge „haften die Eigentümer“ ersetzt;

3. in Paragraph 2 wird am Satzende die Wortfolge „und auszugsweise im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht“ eingefügt.

Art. 10 – In Artikel 10 §2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Die Regierung kann von dem Eigentümer eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes die Durchführung von Arbeiten zur Vorbeugung der Zerstörung bzw. Beschädigung des Gutes verlangen.

Um einen unmittelbar bevorstehenden Schaden am geschützten Gut, am archäologischen Gut oder an der archäologischen Stätte bzw. um archäologische Sondierung zu verhindern, kann die Regierung beschließen, dass die geforderten Arbeiten von der Genehmigungspflicht gemäß Artikel 13 befreit sind.

Falls der Eigentümer die zur Vorbeugung der Zerstörung bzw. Beschädigung eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes erforderlichen Arbeiten unterlässt, kann – entsprechend den Auflagen der Regierung – die Gemeinschaft, die Provinz oder die Gemein-

de an seine Stelle treten und die zur Erhaltung des Gutes erforderlichen vorsorglichen Maßnahmen ergreifen. Die Gemeinde bzw. die Provinz erhält dann die von der Gemeinschaft gewährten Zuschüsse.

Wenn keine Einigung mit dem Eigentümer zustande kommt, werden die aufgewendeten Kosten durch die gemäß Artikel 10.1 hinterlegte Kautions- oder Garantie gedeckt. Die in Absatz 3 erwähnten Behörden können die aufgewendeten nicht durch die Kautions- oder Garantie gedeckten Kosten durch jeglichen Rechtsweg zurückfordern, sofern sie im Interesse des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes aufgewendet sind. Wenn das Gut einer privatrechtlichen Person gehört und es sich nicht um Unterhaltsarbeiten handelt, kann diese beantragen, dass die betreffende Behörde ihr Gut erwirbt. In diesem Fall sind von dem Kaufpreis die für die Schutzmaßnahmen eventuell aufgewendeten Kosten abzurechnen.“

Art. 11 – In dasselbe Dekret werden folgende Artikel 10.1 bis 10.3 eingefügt:
„Art. 10.1 – Hinterlegen einer Kautions- oder Garantie

§1 – Die Regierung kann den betroffenen Eigentümer verpflichten, eine Kautions- oder Garantie als Sicherheit für die Durchführung der zum Erhalt des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder zur Vorbeugung seiner Zerstörung bzw. Beschädigung notwendigen Arbeiten zu hinterlegen. Die Höhe der Kautions- oder Garantie ist abhängig von den durchzuführenden Arbeiten.

Nach Wahl des Eigentümers besteht die Sicherheitsleistung in einer Hinterlegung bei der Hinterlegungs- und Konsignationszentrale oder in einer unabhängigen Bankbürgschaft oder jeder sonstigen von der Regierung bestimmten Form der Sicherheitsleistung, und zwar in Höhe des in der Forderung angegebenen Betrags.

Wenn die Sicherheitsleistung in einer Bareinzahlung besteht, ist der Eigentümer verpflichtet, diese jährlich um die während des Vorjahres abgeworfenen Zinsen zu erhöhen. Wenn die Sicherheitsleistung in einer unabhängigen Bankbürgschaft besteht, muss diese zwangsläufig von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das entweder bei der Kommission für das Bank- und Finanzwesen oder bei einer zur Kontrolle der Kreditinstitute befugten Behörde eines Mitgliedstaats der Europäischen Union zugelassen ist.

In begründeten Fällen kann die Regierung den Betrag der Kautions- oder Garantie anpassen.

§2 – Die Hinterlegung einer Kautions- oder Garantie sowie die Erstellung einer Hypothek kann ggf. beim zuständigen Richter eingefordert werden.

§3 – Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten ab der Feststellung der vorschriftgemäßen Durchführung der durch die Regierung geforderten Arbeiten wird die Sicherheitsleistung freigegeben und werden die eventuell eingebrachten Zinsen zurückerstattet. Eine Freigabe in Teilbeträgen kann vorgesehen werden.

Art. 10.2 – Förderung von Unterhaltsarbeiten an endgültig geschützten Gütern

§1 – Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Zuschüsse für Unterhaltsarbeiten an einem endgültig geschützten Gut gewähren, sofern für diese Unterhaltsarbeiten eine Denkmalgenehmigung vorliegt.

Der Antragsteller reicht einen schriftlichen Antrag auf Bezuschussung bei der Regierung anhand eines von ihr festgelegten Formulars ein. Dem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. eine Beschreibung in Wort oder Bild, die Positionen und eine Skizze der geplanten Handlungen und Arbeiten ggf. zuzüglich der einschlägigen technischen Unterlagen;



2. eine aufgeschlüsselte Kostenschätzung mit Angaben zu Fremdleistungen durch spezialisierte Unternehmen einerseits und bei Eigenleistungen Angaben zu den Materialkosten andererseits;

3. eine Abschrift der Städtebaugenehmigung bzw., falls diese nicht erforderlich ist, die entsprechende Rechtfertigung.

§2 – Der Zuschuss beträgt 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Kosten mit einem maximalen Zuschussbetrag von 22.000 Euro.

Der Zuschuss beträgt 100% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Kosten für Material, Transport und Ausführungsmittel mit einem maximalen Zuschussbetrag von 10.000 Euro, wenn die Arbeiten in Eigenleistung durch den Antragsteller, durch Freiwillige oder durch eine Behörde durchgeführt werden.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann der Höchstbetrag der Zuschüsse mit einem Koeffizienten multipliziert werden.

§3 – Nach Abschluss der Arbeiten übermittelt der Antragsteller die Belege für die annehmbaren Kosten.

Die Regierung lässt durch die gemäß Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten vor Ort die Übereinstimmung der Veränderungen mit der Zuschusszusage überprüfen. Insoweit diese Prüfung positiv verläuft, wird der Zuschuss ausbezahlt.

Die Regierung kann den Zuschuss ganz oder teilweise zurückfordern, wenn innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Auszahlung des Zuschusses ein Verstoß gegen die Zuschussbedingungen festgestellt wird.

Art. 10.3 – Zustandsbericht der endgültig geschützten Güter

Die Regierung kann für jedes endgültig geschützte Gut einen Zustandsbericht anlegen, um eine integrierte Erhaltung des Gutes zu gewährleisten. Der Zustandsbericht besteht aus:

1. einer detaillierten Untersuchung zum Zustand des Gutes;
2. einem Maßnahmenkatalog der notwendigen durchzuführenden Unterhaltungs- und Restaurierungsarbeiten innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Der Zustandsbericht wird dem Eigentümer des betroffenen Gutes übermittelt und kann alle fünf Jahre aktualisiert werden.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest."

Art. 12 – In Artikel 12 §1 Absatz 2 desselben Dekrets wird am Satzende die Wortfolge „gemäß Artikel 8.2" eingefügt.

Art. 13 – Artikel 13 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. die Paragraphen 1 bis 4 werden wie folgt ersetzt:

„§1 – Bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut sind genehmigungspflichtig. Dies gilt ebenfalls für das Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen sowie von Beleuchtung.

Unbeschadet des Paragraphen 3 Absatz 3 sind bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig

b

oder endgültig geschützten Gutes liegen, genehmigungspflichtig. Dies gilt ebenfalls für das Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen sowie von Beleuchtung.

Die Regierung erteilt hierfür eine Denkmalgenehmigung. Diese kann an Bedingungen geknüpft sein.

§2 – Es obliegt dem bauwilligen Eigentümer, Mieter oder Bewohner für jede geplante bauliche Veränderungsarbeit, Unterhaltsarbeit oder Veränderung des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut bzw. für jede geplante bauliche Veränderungsarbeit oder Veränderung des Erscheinungsbildes an in dessen Schutzbereich liegenden Gütern die Denkmalgenehmigung per Einschreiben bei der Regierung zu beantragen. Zu diesem Zweck verwendet er das von der Regierung festgelegte Antragsformular.

Beim Eintreffen eines Antrags auf eine Städtebau- oder Verstädterungsgenehmigung bezüglich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes setzt das zuständige Gemeinderat den Antragsteller schriftlich über die Verpflichtung einer Denkmalgenehmigung in Kenntnis. Es übermittelt der Regierung zeitgleich eine Abschrift dieser Mitteilung.

§3 – Dem schriftlichen Antrag auf Denkmalgenehmigung werden folgende Unterlagen beigelegt:

1. der Eigentumsnachweis für das betroffene Gut oder eine schriftliche Einwilligung des Eigentümers über die geplanten Arbeiten am betroffenen Gut, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
2. eine Beschreibung der geplanten Arbeiten samt aktueller Fotos des betroffenen Gutes und der Teile des Gutes, die von den geplanten Arbeiten betroffen sind;
3. insofern vorhanden, Architektenpläne der geplanten Arbeiten.

Innerhalb von fünfzehn Kalendertagen nach Eingang des Antrags auf Denkmalgenehmigung fragt die Regierung ggf. fehlende oder unvollständige Dokumente nach oder fordert weitere Unterlagen an. Liegt der Antrag vollständig vor, übermittelt die Regierung dem Antragsteller eine entsprechende Bescheinigung. Falls die Bescheinigung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der Antrag als vollständig.

Betrifft der Antrag auf Denkmalgenehmigung ein Gut, das im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegt, prüft die Regierung innerhalb von fünfzehn Kalendertagen nach Eingang des Antrags, ob die beantragten baulichen Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes eine Auswirkung auf den Zeugniswert oder das Erscheinungsbild des vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder seines Umfelds haben. Liegt eine solche Auswirkung nicht vor, kann die Regierung entscheiden, dass keine Denkmalgenehmigung erforderlich ist. Dies wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt und das Antragsverfahren wird beendet.

Insofern das Antragsverfahren nicht gemäß Absatz 3 beendet wurde, beantragt die Regierung, nachdem sie die Vollständigkeit der Akte bestätigt hat bzw. nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist, innerhalb von fünfzehn Kalendertagen bei der Kommission und dem zuständigen Gemeinderat ein Gutachten. Das Gutachten des Gemeinderats wird nicht beantragt, wenn die Gemeinde selbst Antragstellerin ist.

Die Kommission und das Gemeinderat verfügen für die Abgabe ihrer Gutachten über dreißig Kalendertage ab dem Datum, an dem die Regierung ihnen den Antrag auf Begutachtung übermittelt hat. Geht innerhalb dieser Frist kein Gutachten ein, wird davon ausgegangen, dass die Kommission bzw. das Gemeinderat der Denkmalgenehmigung zustimmt. Das Gemeinderat weist in seinem Gutachten auf Unvereinbarkeiten des Vorhabens mit geltenden oder entworfenen Plänen, Verordnungen

gen, Leitfäden oder Schemen, erteilten oder beantragten Genehmigungen oder sonstigen Beschlüssen hin.

Ab dem Erhalt des letzten Gutachtens bzw. ab Ablauf der dreißigtägigen Frist für die Abgabe des letzten Gutachtens verfügt die Regierung über dreißig Kalendertage, um einen Beschluss in Bezug auf die Denkmalgenehmigung zu treffen. Wird innerhalb dieser Frist kein Beschluss gefasst, wird davon ausgegangen, dass die Regierung die Denkmalgenehmigung erteilt.

Falls erforderlich, kann die Regierung vor ihrem Beschluss ein Treffen zur Erörterung der Anfrage auf Denkmalgenehmigung mit den betroffenen Akteuren anberaumen.

Der Beschluss der Regierung bezüglich des Antrags auf Denkmalgenehmigung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Antragsteller;
2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, falls dieser nicht der Antragsteller ist;
3. dem Gemeinderat;
4. der Regierung der Wallonischen Region.

§4 – Binnen dreißig Kalendertagen nach Erhalt des Beschlusses der Regierung kann der Antragsteller Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über dreißig Kalendertage, um zu entscheiden. Falls der Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der in erster Instanz gefasste Beschluss als bestätigt.“

2. folgender Paragraph 4.1 wird eingefügt:

„§4.1 – Der Antragsteller benachrichtigt die Regierung per Einschreiben acht Kalendertage vor Beginn der Arbeiten.

Eine Bekanntmachung, dass die Genehmigung erteilt worden ist, wird auf dem betroffenen Gut entlang der Straße während der gesamten Dauer der Arbeiten durch den Antragsteller aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein.“

Art. 14 – Artikel 15 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Im Falle einer Übertragung des Eigentums eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder eines Teils hiervon bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes oder eines Teils hiervon ist der beurkundende Amtsträger verpflichtet, in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist bzw. im Schutzbereich eines geschützten Gutes liegt. Der Übertragungsakte wird eine Abschrift des Unterschutzstellungserlasses beigelegt. Der beurkundende Amtsträger informiert unverzüglich die Regierung und die betroffene Gemeindeverwaltung über die Identität und Adresse des neuen Eigentümers eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes.“

Art. 15 – Artikel 16 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in der Überschrift wird zwischen den Wörtern „Widerruf“ und „der“ die Wortfolge „oder Neubewertung“ eingefügt;
2. in Absatz 1 wird zwischen den Wortfolgen „zu widerrufen“ und „“, wendet die Regierung“ die Wortfolge „oder neu zu bewerten“ eingefügt.

Art. 16 – In Artikel 26 Absatz 2 desselben Dekrets wird zwischen dem dritten und dem vierten Satz folgender Satz eingefügt:

„Der Antrag auf Erlaubnis wird anhand eines von der Regierung festgelegten Formulars eingereicht.“

Art. 17 – In Artikel 35 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird am Satzende folgender Satz eingefügt:

„Die Entschädigung wird nur dann gewährt, wenn nach der Meldung des Zufallsfonds die in Artikel 34 §2 aufgeführten Verpflichtungen eingehalten wurden.“

Art. 18 – Die Überschrift von Kapitel VI desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„KAPITEL VI – VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN“

Art. 19 – In Artikel 42 desselben Dekrets wird die Zahl „14“ durch die Zahl „15“ ersetzt.

Art. 20 – In das Kapitel VI desselben Dekrets wird folgender Artikel 42.1 eingefügt:
„Art. 42.1 – Zuschusskontrolle

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.“

Art. 21 – In dasselbe Dekret wird nach Kapitel VI folgendes Kapitel VII eingefügt, das die Artikel 43 bis 46.8 umfasst:

„KAPITEL VII – VERSTÖSSE UND STRAFMASSNAHMEN“

Art. 22 – Artikel 43 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummern 1 bis 7 werden wie folgt ersetzt:

„1. wer es unterlässt, die im Unterschutzstellungserlass gemäß Artikel 4 und 8 festgelegten Vorschriften zu befolgen;

2. der beurkundende Amtsträger, der es unterlässt, gemäß Artikel 15 in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist oder im Schutzbereich eines geschützten Gutes liegt;

3. wer bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut oder bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, ohne die in Artikel 13 erwähnte Denkmalgenehmigung, nach Verfall oder Aussetzung der Denkmalgenehmigung oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften bzw. ohne den in Artikel 13 §3 Absatz 3 erwähnten Beschluss zur Befreiung von einer Denkmalgenehmigung durchführt;

4. wer bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut oder bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, aufrechterhält, die ohne die in Artikel 13 erwähnte Denkmalgenehmigung, nach Verfall oder Aussetzung der Denkmalgenehmigung oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften durchgeführt wurden;

5. wer bauliche Veränderungen am vorläufig oder endgültig geschützten Gut entgegen der Vorschriften einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung durchführt oder aufrechterhält;

6. wer es unterlässt, über den Beginn der Arbeiten gemäß den Artikeln 13 §4.1 und 46.7 §4 zu informieren;

7. wer es unterlässt, die in Artikel 13 §4.1 erwähnte Bekanntmachung durchzuführen;

8. wer Veränderungen innerhalb einer in dem Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommenen archäologischen Stätte ohne die in Artikel 25.1 erwähnte Genehmigung, nach Aussetzung der Genehmigung oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften durchführt;

9. wer Veränderungen innerhalb einer in dem Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommenen archäologischen Stätte aufrechterhält, die ohne die in Artikel 25.1 er-

wähnte Genehmigung, nach Aussetzung der Genehmigung oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften durchgeführt wurden;

10. wer archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen ohne die in Artikel 26 vorgesehene Erlaubnis oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften durchführt;

11. wer gegen das in Artikel 29 vorgesehene Verbot der Verwendung eines elektronischen oder magnetischen Suchgeräts verstößt;

12. wer es unterlässt, den in Artikel 34 aufgeführten Verpflichtungen nachzukommen."

2. nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

„Unbeschadet der Bestimmungen des Strafgesetzbuches können die in Absatz 1 genannten Verstöße folgenden Personen angelastet werden:

1. ihrem Verursacher;

2. dem Eigentümer des betroffenen Gutes, der sie veranlasst, ihnen zugestimmt oder sie geduldet hat."

Art. 23 – In Artikel 44 desselben Dekrets wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

„Die Feststellungsprotokolle werden innerhalb von fünfzehn Kalendertagen nach ihrer Erstellung folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Bauherrn;

2. jedem Inhaber eines dinglichen Rechts an dem betroffenen Gut, mit Ausnahme der Hypothek oder des Nutzungspfandrechts;

3. jeder Person, die das betroffene Gut nutzt;

4. dem Prokurator des Königs;

5. dem Gemeindegremium;

6. der Regierung der Wallonischen Region."

Art. 24 – In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 45.1 eingefügt:

„Art. 45.1 – Verwarnung vor der Protokollerstellung

Liegt ein in Artikel 43 genannter Verstoß vor, können die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten dem Verursacher oder dem Eigentümer des betroffenen Gutes eine Verwarnung aussprechen und eine Frist zur Aufhebung des Verstoßes gewähren.

Wird die Verwarnung mündlich ausgesprochen, bestätigt sie der verwarnende Beamte oder Bedienstete schriftlich innerhalb von fünfzehn Kalendertagen.

Nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist wird ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel 44 erstellt."

Art. 25 – Artikel 46 Absätze 1 bis 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2011, werden wie folgt ersetzt:

„Die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten dürfen die Unterbrechung der Arbeiten, die Einstellung der Benutzung des Gebäudes oder die Ausführung von Handlungen an Ort und Stelle anordnen, falls sie feststellen, dass:

1. diese nicht der erteilten Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, der erteilten Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder der erteilten Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 entsprechen;

2. diese ohne Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, ohne Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder ohne Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 oder entgegen den Vorschriften des vorliegenden Dekrets ausgeführt werden;

3. Zufallsfunde vorliegen, die nicht gemäß Artikel 34 §1 gemeldet wurden oder bei denen die in Artikel 34 §2 aufgeführten Verpflichtungen nicht eingehalten wurden.

B

Unbeschadet des Artikels 35 werden eventuell für den Betroffenen entstehende Kosten nicht entschädigt. Sobald die Anordnung erteilt wurde, wird über jeden Verstoß ein Protokoll verfasst.

Unter Androhung der Nichtigkeit muss die Anordnung innerhalb von sieben Kalendertagen durch die Regierung bestätigt werden.

Das Feststellungsprotokoll und der Bestätigungsbeschluss werden folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Bauherrn;
2. der natürlichen oder juristischen Person, die die Arbeiten ausführt;
3. jedem Inhaber eines dinglichen Rechts an dem betroffenen Gut, mit Ausnahme der Hypothek oder des Nutzungspfandrechts;
4. jeder Person, die das betroffene Gut nutzt;
5. dem Prokurator des Königs;
6. dem Gemeindegremium;
7. der Regierung der Wallonischen Region.

Der Betreffende kann beim Präsidenten des Gerichts Erster Instanz, in dessen Amtsbereich die Arbeiten und Handlungen ausgeführt wurden, mittels des einstweiligen Verfahrens die Aufhebung der Maßnahmen beantragen. Teil IV Buch II Titel VI des Gerichtsgesetzbuches ist bei der Einreichung und der Bearbeitung des Antrags anwendbar."

Art. 26 – In dasselbe Dekret werden folgende Artikel 46.1 bis 46.8 eingefügt:

„Art. 46.1 – Maßnahmen nach der Protokollerstellung

Hat der Prokurator des Königs innerhalb von sechzig Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage nicht seine Absicht mitgeteilt, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen, kann die Regierung:

1. das Verfahren zur Konformitätsprüfung gemäß Artikel 46.2 einleiten oder
2. Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 treffen und/oder unmittelbar eine administrative Geldbuße gemäß Artikel 46.4 auferlegen.

Art. 46.2 – Konformitätsprüfung und Vergleich

§1 – Beschließt die Regierung, gemäß Artikel 46.1 das Verfahren zur Konformitätsprüfung einzuleiten, fordern die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten den Verursacher auf, innerhalb einer von ihnen festgelegten Frist einen Antrag auf Konformitätsprüfung einzureichen. Hierbei ist, je nach Fall, das für Anträge auf Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13, auf Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1 oder auf Erlaubnis für Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen gemäß Artikel 26 vorgesehene Verfahren anwendbar.

Die Aufforderung kann einen Anpassungsvorschlag der gemäß Artikel 43 rechtswidrig durchgeführten Veränderungen oder Arbeiten enthalten, der im einzureichenden Antrag berücksichtigt wird.

Im eingereichten Antrag wird darauf hingewiesen, dass es sich um einen Antrag auf Konformitätsprüfung im Sinne des vorliegenden Artikels handelt.

§2 – In ihrem Konformitätsbeschluss kann die Regierung feststellen, dass die gemäß Artikel 43 rechtswidrig durchgeführten Veränderungen oder Arbeiten:

1. unverändert, ggf. unter Berücksichtigung von im Beschluss festgelegten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
2. mittels Durchführung von Abänderungsarbeiten, ggf. unter Berücksichtigung von im Beschluss festgesetzten Bedingungen, nachträglich genehmigt werden können;
3. nicht nachträglich genehmigt werden können.



§3 – In dem in Paragraf 2 Nummer 1 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch Zahlung eines Geldbetrags gemäß der in Paragraf 9 festgelegten Berechnung.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf. Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags wird der Konformitätsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags.

§4 – In dem in Paragraf 2 Nummer 2 erwähnten Fall schlägt die Regierung einen Vergleich vor. Der Vergleich erfolgt durch die Zahlung eines Geldbetrags gemäß der in Paragraf 9 festgelegten Berechnung und die Durchführung der Abänderungsarbeiten.

Die Regierung bestimmt die Frist, innerhalb der die Zahlung des Geldbetrags zu erfolgen hat, sowie die Frist zur Durchführung der Abänderungsarbeiten, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf. Die Zahlung des Vergleichsbetrags erfolgt zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Verursacher informiert die Regierung über die Fertigstellung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten innerhalb von fünfzehn Kalendertagen nach der erwähnten Fertigstellung. Die Konformitätskontrolle der Abänderungsarbeiten findet innerhalb von sechzig Kalendertagen nach Erhalt der Information durch die Regierung statt. Bei Nichtdurchführung der Konformitätskontrolle innerhalb der angegebenen Frist gelten die Abänderungsarbeiten als konform.

Ab Erhalt des Vergleichsbetrags und Vorlage der Konformitätsbescheinigung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten bzw. nach Ablauf der Frist zur Durchführung der Konformitätskontrolle wird der Konformitätsbeschluss rechtskräftig und gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

Die öffentliche Anklage und das Recht der Regierung, jede weitere Wiedergutmachung bezüglich des betroffenen Verstoßes zu fordern, verfallen durch die Zahlung des Vergleichsbetrags und die konforme Durchführung der Abänderungsarbeiten.

§5 – In dem in Paragraf 2 Nummer 3 erwähnten Fall fordert die Regierung die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand innerhalb einer von ihr festgelegten Frist, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf.

§6 – Der Konformitätsbeschluss wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Verursacher;
2. jedem Inhaber eines dinglichen Rechts an dem betroffenen Gut, mit Ausnahme der Hypothek oder des Nutzungspfandrechts;
3. jeder Person, die das betroffene Gut nutzt;
4. dem Prokurator des Königs;
5. dem Gemeindegremium;
6. der Regierung der Wallonischen Region.

§7 – Binnen dreißig Kalendertagen nach Erhalt des Konformitätsbeschlusses kann der Verursacher Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per



Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über dreißig Kalendertage, um zu entscheiden. Falls der Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Frist übermittelt wurde, gilt der in erster Instanz gefasste Beschluss als bestätigt.

§8 – Jeder Antrag auf Genemigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß den Artikeln 44 oder 46 erstellt wurde und der nicht im Rahmen einer Konformitätsprüfung gemäß dem vorliegenden Artikel eingereicht wurde, wird so lange als unzulässig erklärt, bis

1. ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß den Paragraphen 3 oder 4 vorliegt;
2. die Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 durch die Regierung bestätigt wurde;
3. die Zahlung einer administrative Geldbuße gemäß Artikel 46.4 durch die Regierung bestätigt wurde;
4. ein rechtskräftiges Urteil gemäß Artikel 46.7 gefällt wurde.

§9 – Der in den Paragraphen 3 und 4 erwähnte Vergleichsbetrag wird wie folgt berechnet, ohne dass dieser Betrag unter 250 Euro liegen oder 25.000 Euro überschreiten darf:

1. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von zu Wohnzwecken bestimmten Gebäuden, von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden, von Nebengebäuden, von Anbauvolumen oder getrennten Nebenvolumen, wie beispielweise Kellergeschosse, Garagen, Verandas, Treibhäuser, Gartenlauben, Tierhütten: 50 Euro pro von außen gemessenen m³;
2. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von industriell, gewerblich, beruflich oder als Büro genutzten Gebäuden: 100 Euro pro von außen gemessenen m³;
3. Aufstellen ortsfester Einrichtungen: 200 Euro pro m² Grundfläche oder 200 Euro pro in der Höhe berechneten laufenden Meter, wobei der Höchstbetrag angewandt wird;
4. Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen: 200 Euro pro m²;
5. Abbruch: 50 Euro pro m² Grundfläche;
6. Umbau eines gebauten oder zu bauenden Gebäudes, die seine Tragstruktur betrifft: 500 Euro;
7. Umbau eines gebauten oder zu bauenden Gebäudes, der eine Änderung der Volumetrie bewirkt: 50 Euro pro von außen gemessenen m³;
8. Änderung des Aussehens der Dachmaterialien oder des Verblendwerkstoffs des aufgehenden Bauwerks: 50 Euro pro m²;
9. Öffnung, Veränderung oder Absperren von Ausschnitten in der Dachfläche oder in aufgehenden Mauerwerken: 500 Euro pro Ausschnitt;
10. Ersetzen von Fenster- bzw. Außentürrahmen: 500 Euro pro Tür oder Fensterrahmen;
11. bedeutende Veränderung des Bodenreliefs, einschließlich der Wasserstaubecken oder Ausschachtungen: 20 Euro pro m³;
12. Aufforstung und Abholzung: 20 Euro pro m² aufgeforstete oder abgeholzte Fläche;
13. Fällen von Bäumen oder Hecken: 500 Euro pro Baum oder 50 Euro pro laufenden Meter gefälltter Hecke;
14. Veränderung des Aussehens von Bäumen oder Hecken: 250 Euro pro Baum oder 25 Euro pro laufenden Meter Hecke;
15. Rodung oder Veränderung der Vegetation: 50 Euro pro m² gerodeter oder veränderter Fläche;
16. Abstellen von Altfahrzeugen: 200 Euro pro Fahrzeug
17. Abstellen von Schrott, Materialien oder Abfall: 50 Euro pro m³;
18. Aufstellung von beweglichen Vorrichtungen, wie Wohnwagen, Campingwagen und Zelten: 200 Euro pro Vorrichtung;
19. Bau von Mauern: 200 Euro pro laufenden Meter;
20. Anlage von Zäunen: 50 Euro pro laufenden Meter;
21. Anlage von Portalrahmen oder Toren: 500 Euro pro Portalrahmen oder Tor;
22. Bau von Kunstbauwerken wie Brücken, Tunnels, Strassen, Kanalisationen: 20% der veranschlagten Kosten der Arbeiten;



23. Unterlassung der Beantragung einer Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26: 250 Euro;

24. Ausführung von Handlungen oder Arbeiten, die nicht in Nummern 1 bis 24 erwähnt sind: mindestens 250 Euro bis höchstens 25.000 Euro.

Die in Absatz 1 erwähnten Beträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage des Indexes der Verbraucherpreise angepasst. Diese Anpassung darf nicht zur Überschreitung des Betrags von 25.000 Euro führen.

Art. 46.3 – Verwaltungsmaßnahmen nach der Protokollerstellung

§1 – Beschließt die Regierung, gemäß Artikel 46.1 Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, kann sie auf Vorschlag des protokollierenden Beamten oder Bediensteten und unbeschadet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen:

1. die vollständige oder teilweise Rückführung in den ursprünglichen Zustand bzw. die Durchführung von Abänderungsmaßnahmen innerhalb einer von ihr festgelegten Frist anordnen, ohne dass diese zwölf Monate überschreiten darf;

2. das betroffene Gut versiegeln und, wenn nötig, seine sofortige vorübergehende Schließung vornehmen;

3. jede sonstige nützliche Maßnahme treffen, um einen Schaden am geschützten Gut, an einem archäologischen Gut, einer archäologischen Stätte oder einer archäologischen Sondierung zu beseitigen oder zu verhindern.

Der Beschluss der Regierung gilt als Genehmigung gemäß den Artikeln 13, 25.1 oder 26.

§2 – Der Beschluss der Regierung wird folgenden Personen und Einrichtungen per Einschreiben übermittelt:

1. dem Verursacher;

2. jedem Inhaber eines dinglichen Rechts an dem betroffenen Gut, mit Ausnahme der Hypothek oder des Nutzungspfandrechts;

3. jeder Person, die das betroffen Gut nutzt;

4. dem Prokurator des Königs;

5. dem Gemeindegremium;

6. der Regierung der Wallonischen Region.

§3 – Binnen dreißig Kalendertagen nach Erhalt des Beschlusses der Regierung kann der Verursacher Beschwerde beim Korrektionalgericht erheben. Die Bestimmungen des Gerichtsgesetzbuches sind auf die Beschwerde beim Korrektionalgericht anwendbar.

§4 – Wenn der Verursacher es versäumt, die zum Schutz des Gutes notwendigen Maßnahmen innerhalb der vorgegebenen Frist durchzuführen, kann die Regierung die angeordnete Maßnahme zulasten des Verursachers von Amts wegen durchführen.

Die Regierung kann den Verursacher verpflichten, gemäß den in Artikel 10.1 festgelegten Modalitäten eine Kautions- oder Garantie als Sicherheit für die durchzuführenden Arbeiten zu hinterlegen.

Art. 46.4 – Auferlegung der administrativen Geldbußen

§1 – Die festgestellten Verstöße werden mittels administrativer Geldbußen verfolgt, außer wenn:

1. der Prokurator des Königs innerhalb von sechzig Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage seine Absicht mitgeteilt hat, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen;

2. ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß Artikel 46.2 §§ 3 oder 4 vorliegt.

Die Strafverfolgung und der Vergleich schließen jeweils die Auferlegung einer administrativen Geldbuße aus.

§2 – Die administrative Geldbuße beträgt mindestens 250 Euro und höchstens 50.000 Euro.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des Feststellungsprotokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt.

§3 – Die Regierung verfügt über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des Feststellungsprotokolls des Verstoßes bzw. ab Ablauf der Frist gemäß Artikel 46.2 §1, §3 Absatz 2 oder §4 Absatz 2, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§4 – Beschließt die Regierung, dass ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wird, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von fünfzehn Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§5 – Nach Ablauf der in Paragraph 4 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder ggf. nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 9 §1, 10 und 12 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen angegeben.

§6 – Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von einem Monat ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß Paragraph 7 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Sie wird innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Konto der Regierung anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

§7 – Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen einem Monat nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen.

Das Korrekionalgericht entscheidet im Rahmen einer kontradiktorischen und öffentlichen Verhandlung über die gegen die administrative Geldbuße eingelegte Beschwerde. Es

entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Korrektionalgerichts kann keine Berufung eingelegt werden.

Die Bestimmungen des Gerichtsgesetzbuches sind auf die Beschwerde beim Korrektionalgericht anwendbar.

Art. 46.5 – Einforderung der administrativen Geldbußen

Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:

1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden ggf. per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.

Art. 46.6 – Verjährung der administrativen Geldbußen

Die administrativen Geldbußen verjähren in fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist.

Art. 46.7 – Gerichtliche Verfolgung

§1 – Ungeachtet der anderen in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Maßnahmen kann die Regierung bezüglich der in Artikel 43 genannten Verstöße vor dem Korrektionalgericht fordern, dass:

1. das Gut in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird;
2. Abänderungsarbeiten ausgeführt werden.

Zusätzlich zur Strafe befiehlt das Gericht auf Anfrage der Regierung die geforderte Wiedergutmachungsmaßnahme. Das Gericht legt zu diesem Zweck eine Frist fest, die zwölf Monate nicht überschreiten darf.

Die Rechte der Zivilpartei beschränken sich auf die von der Regierung gewählte Maßnahme, unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz zulasten des Verurteilten.

§2 – Hat der Prokurator des Königs innerhalb von sechzig Kalendertagen nach der an ihn gerichteten Anfrage nicht seine Absicht mitgeteilt, den festgestellten Verstoß strafrechtlich zu verfolgen, kann die Regierung bezüglich der in Artikel 43 genannten Verstöße vor dem Zivilgericht fordern, dass:

1. das Gut in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird;
2. Abänderungsarbeiten ausgeführt werden.



Das Gericht befiehlt auf Anfrage der Regierung die geforderte Wiedergutmachungsmaßnahme. Das Gericht legt zu diesem Zweck eine Frist fest, die zwölf Monate nicht überschreiten darf.

Die Rechte des entweder zusammen mit der Regierung oder getrennt handelnden Drittgeschädigten beschränken sich auf die von der Regierung gewählte Maßnahme, unbeschadet des Rechts auf Schadenersatz zulasten des Verurteilten.

§3 – Unbeschadet der Anwendung von Teil IV Buch IV Kapitel XXIII des Gerichtsgesetzbuches verordnet das Urteil für den Fall, dass der Ort nicht wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird oder die Abänderungsarbeiten nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen ausgeführt werden, dass die Regierung und eventuell die Zivilpartei von Amts wegen für die Vollstreckung des Urteils sorgen können.

Die Regierung oder die Zivilpartei, die das Urteil vollstreckt, hat das Recht die Materialien und die Gegenstände, die aus der Wiederinstandsetzung der Räumlichkeiten des Ortes hervorgehen, zu verkaufen, zu transportieren, einzulagern und an einem frei gewählten Ort zu vernichten.

Der Verurteilte wird zur Rückzahlung aller Ausführungskosten gezwungen, abzüglich des beim Verkauf der Materialien und Gegenstände erzielten Preises, gegen Vorlage einer taxierten Abrechnung. Diese Strafe wird vom Pfändungsrichter vollstreckt.

§4 – Der Verurteilte benachrichtigt die Regierung per Einschreiben acht Kalendertage vor Beginn der Arbeiten.

Eine Bekanntmachung, dass die Arbeiten Gegenstand eines in Urteils gemäß dem vorliegenden Artikel sind, wird auf dem betroffenen Gut entlang der Straße während der gesamten Dauer der Arbeiten durch den Verurteilten aufgestellt und muss von dort aus lesbar sein.

Art. 46.8 – Eintragung beim Hypothekenamt

Die in Anwendung von Artikel 46.7 §1 vorgesehene Vorladung vor dem Korrektionalgericht oder die in Anwendung von Artikel 46.7 §2 vorgesehene verfahrenseinleitende Gerichtsvollzieherurkunde wird auf Veranlassung des Gerichtsvollziehers, der die Urkunde ausstellte, beim Hypothekenamt des Gebiets eingetragen, in dem das betroffene Gut liegt.

Die Vorladung oder die Urkunde führt die Katasterbezeichnung des betroffenen Gutes an, das Gegenstand des Verstoßes ist, und identifiziert dessen Eigentümer in der gemäß Artikel 139 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgegebenen Form.

Folgendes wird gemäß dem in Artikel 84 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgesehenen Verfahren am Rande des Eintrags der Vorladung oder der Urkunde vermerkt:

1. jegliche in dieser Sache gefällte Entscheidung;
2. die Bescheinigung der Regierung, in der festgestellt wird, dass:
 - a) das Urteil vollstreckt wurde;
 - b) ein rechtskräftiger Konformitätsbeschluss gemäß Artikel 46.2 §§ 3 oder 4 vorliegt;
 - c) der Verursacher die Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel 46.3 durchgeführt hat

Müssen die Regierung oder Dritte infolge der Untätigkeit des Verurteilten die Vollstreckung des Urteils vornehmen, so wird die aus diesem Grund zu ihren Gunsten entstandene Forderung durch eine gesetzliche Hypothek garantiert, deren Eintragung, Erneuerung, Reduzierung und gesamte oder teilweise Streichung gemäß den



Bestimmungen der Kapitel IV und V des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgenommen werden.

Diese Garantie deckt auch die Schuldforderung aufgrund der Kosten der hypothekarischen Formalitäten, die durch sie vorgestreckt wurden und die zu Lasten des Verurteilten fallen.“

Art. 27 – In dasselbe Dekret wird nach Kapitel VII folgendes Kapitel VIII eingefügt, das die Artikel 47 bis 55 umfasst:

„KAPITEL VIII – SCHLUSSBESTIMMUNGEN“

Art. 28 – Artikel 53 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. die Absätze 1 und 2 werden zu Paragraf 1 Absätze 1 und 2 zusammengefasst;
2. folgender Paragraf 2 wird eingefügt:

„§2 – Die zum 31. Dezember 2017 laufenden Verfahren werden gemäß den zu diesem Zeitpunkt gültigen Vorschriften weitergeführt.“

Art. 29 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

b

Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Protection des monuments,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Protection des monuments est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret modifiant le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles

CONTENU

Des adaptations doivent être apportées au décret sur le patrimoine; elles portent sur trois points :

- introduction de nouveaux instruments de sanction, destinés à améliorer l'applicabilité de la protection des monuments;
- attention accrue en ce qui concerne une politique préventive de protection des monuments;
- introduction d'une série d'adaptations formelles.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Avant-projet	6

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

L'actuel décret sur le patrimoine est entré en vigueur en 2009. Depuis lors, le texte a été adapté ponctuellement via des décrets-programmes. Le présent projet doit largement adapter le décret sur le patrimoine, appliqué depuis environ dix ans. Ces adaptations portent sur trois points :

- introduction de nouveaux instruments de sanction, destinés à améliorer l'applicabilité de la protection des monuments;
- attention accrue en ce qui concerne une politique préventive de protection des monuments;
- introduction d'une série d'adaptations formelles.

Nouveaux instruments de sanction

L'introduction de nouveaux instruments de sanction participe à la mise en œuvre de la mesure gouvernementale intitulée « Mesure d'exécution de la protection des monuments » dans le programme de travail actuel 2014-2019 :

« En 2008, le décret sur le patrimoine a été adopté par le Parlement. Cette compétence avait déjà été transférée à la DG en 1994. En raison du lien étroit avec l'aménagement du territoire, le Gouvernement de la DG s'était efforcé, en vain, de conclure un accord de coopération avec la Région wallonne, de sorte qu'en 2008, il a finalement opté pour l'introduction d'une procédure distincte de permis – en sus du permis de bâtir. Toutefois, le décret sur le patrimoine avait été rédigé dans l'optique d'un transfert rapide de l'aménagement du territoire, de sorte que le choix s'était délibérément porté sur un fondement administratif simple. Six ans après l'entrée en vigueur du décret sur le patrimoine, force est de constater que celui-ci ne dispose pas des instruments nécessaires à la mise en œuvre d'une telle matière réglementaire. La pierre d'achoppement principale concerne la sanction des travaux qui ont été réalisés sans permis de patrimoine. Selon l'article 13, § 4, le Gouvernement peut "obliger quiconque réalise des travaux sans permis de patrimoine ou contre les prescriptions qu'il contient [...], à ses frais, de remettre le bien en tout ou partie dans son état initial ou de corriger les modifications apportées." Si les maîtres d'ouvrage ne remplissent pas ces obligations, le ministère public peut infliger des amendes ou des peines d'emprisonnement. Toutefois, la mise en œuvre de ces instruments – tels que l'entame d'une procédure pénale en cas d'infraction – implique des procédures judiciaires coûteuses qui dépassent les capacités en personnel et en connaissances du département de protection des monuments. Cette situation a souvent pour conséquence que, lorsque tous les moyens à la disposition du département ont été utilisés sans succès (accompagnements des chantiers, instructions écrites de la ministre compétente adressées à l'auteur conformément à l'article 13, § 4), les infractions à la protection des monuments ne peuvent être sanctionnées. Cette situation n'est pas tenable; d'autant que la question de la proportionnalité se pose, vu la surcharge de travail auprès de la juridiction pénale.

C'est pourquoi l'objectif est de réfléchir à l'introduction d'instruments adéquats nécessaires à l'application crédible d'une matière réglementaire. Il existe, par exemple, dans l'aménagement du territoire la possibilité d'une régularisation. Celle-ci est assortie au paiement préalable d'une amende administrative. Le décret sur le patrimoine doit être contrôlé d'un point de vue juridique quant à l'applicabilité des sanctions possibles prévues actuellement, et les instruments ad hoc supplémentaires doivent être développés. »

En 2015, le Gouvernement a sollicité un avis juridique portant sur l'évaluation d'autres textes légaux belges relatifs à l'aménagement du territoire et à la protection des monuments, en matière de sanction et d'exécution. Sur cette base, le chapitre du décret consacré au contrôle et aux sanctions en cas d'infraction a été complètement retravaillé et largement complété, afin que le Gouvernement dispose d'un droit d'action suffisant pour mettre en œuvre le décret sur le patrimoine, dans l'intérêt général et dans un but de protection du patrimoine culturel matériel en Communauté germanophone.

Toute une série de possibilités d'actions juridiques habituelles, telles que les sanctions administratives, ont été introduites. Cependant, l'objectif principal de la mise en œuvre du décret sur le patrimoine n'est pas tant de punir l'auteur, mais bien de conserver le patrimoine culturel matériel. C'est pourquoi, grâce à l'examen de la conformité, qui, en quelque sorte, constitue la colonne vertébrale des nouvelles modalités de sanction et de contrôle, une nouveauté spécifique à la Communauté germanophone est introduite. En complément de ceci, l'adaptation de l'article 13, qui règle les travaux soumis à autorisation, précise qu'une série de travaux effectués dans la zone de protection ne nécessitent plus de permis de patrimoine. Ainsi, l'attention du décret se portera de manière renforcée sur les biens classés, et l'objectif d'une certaine simplification administrative sera atteint.

Protection préventive des monuments

Selon la devise « Mieux vaut prévenir que guérir », le présent décret mettra l'accent de manière significative, comme en Wallonie et en Flandre, sur une politique préventive de protection des monuments. Pour ce faire, les trois mesures suivantes sont introduites :

- l'élaboration de rapports d'état : à l'avenir, le département du Ministère compétent en matière de protection des monuments établira pour tous les monuments un rapport d'état afin que les propriétaires soient informés de l'état actuel de leur bien et des travaux à réaliser.

- l'octroi de subsides pour des travaux d'entretien des monuments : le fait que des subsides pourront, à l'avenir, être accordés pour des travaux d'entretien des monuments constitue une nouveauté. Cette mesure vise à inciter une conservation la plus efficace possible des bâtiments.

- adaptation des classements : cette mesure crée une base pour la protection des monuments qui permet de réagir au mieux et de manière appropriée aux modifications apportées aux monuments. En outre, les classements actuels doivent être soumis à un examen de fond, notamment en ce qui concerne la représentativité, la valeur en tant que monument et l'état.

Adaptations formelles

Au travers de la présente proposition, toute une série d'adaptations formelles ont été apportées. Celles-ci portent notamment sur le devoir d'information, car c'est très souvent le fait d'ignorer qu'une demande de permis de patrimoine est nécessaire qui pousse à l'omission d'une telle demande. En outre, la pratique a montré que la plupart des infractions au décret sur le patrimoine découlent d'une méconnaissance ou d'une mauvaise interprétation des droits et des devoirs du propriétaire d'un monument ou d'un bâtiment situé en zone de protection.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article complète les définitions existantes par celle du terme « travaux d'entretien ».

Article 2

Le présent article précise le déroulement formel de la proposition de classement, qui doit être introduite auprès du Gouvernement à l'aide d'un formulaire.

Article 3

Le présent article précise à partir de quel moment l'arrêté relatif au classement provisoire est contraignant, à savoir dès sa transmission pour les propriétaires concernés et les autorités et dès sa publication au Moniteur belge pour les tiers.

La transmission aux propriétaires concernés et aux autorités précède la publication au Moniteur belge.

Le texte est conforme à l'article 53, alinéa 5, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone qui précise que les arrêtés qui ont été notifiés aux intéressés sont obligatoires à partir de leur notification ou de leur publication si elle lui est antérieure.

Cette clarification apportée dans le texte même du décret sur le patrimoine vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées. Comme déjà évoqué dans le commentaire général, les infractions aux dispositions du décret sur le patrimoine constatées au quotidien découlent, dans la plupart des cas, d'informations manquantes ou d'une mauvaise compréhension des obligations imposées aux personnes concernées.

Article 4

Lorsqu'un bâtiment est classé comme monument, les propriétaires en sont informés. Ces derniers sont tenus de communiquer ce classement à tous les utilisateurs du bâtiment, tels que des locataires et autres. Jusqu'à présent, cette information ne s'appliquait qu'aux propriétaires du monument. Lors d'un classement provisoire, le présent article étend le devoir d'information aux propriétaires des bâtiments situés en zone de protection. Le texte actuel est à la traîne par rapport à d'autres dispositions belges dans ce domaine.

Cette clarification apportée dans le texte même du décret sur le patrimoine, et concernant la publication par extrait dans le Moniteur belge, vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées.

Article 5

Cet article étend le devoir d'information prévu dans la procédure de classement définitif. Jusqu'à présent, seuls les propriétaires du monument étaient consultés lors du classement comme monument. Cette consultation est étendue aux propriétaires de biens situés en zone de protection.

Le dernier alinéa de l'article découle des précédents et peut être supprimé.

Article 6

Le présent article étend le devoir d'information aux propriétaires de biens situés en zone de protection et à la commune lors d'un classement définitif.

Il est en outre précisé que lors d'un classement comme monument, une zone de protection est enregistrée.

Article 7

Cet article étend le devoir d'information aux propriétaires de biens situés en zone de protection lors d'un enregistrement ultérieur d'une zone de protection pour des classements existants. Le texte actuel est à la traîne par rapport à d'autres dispositions belges dans ce domaine.

Le texte prévoit que l'arrêté portant enregistrement d'une zone de protection est contraignant pour le propriétaire concerné et les autorités dès la transmission et pour les tiers, dès sa publication au Moniteur belge.

La transmission aux propriétaires concernés et aux autorités précède la publication au Moniteur belge.

Le texte est conforme à l'article 53, alinéa 5, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone qui précise que les arrêtés qui ont été notifiés aux intéressés sont obligatoires à partir de leur notification ou de leur publication si elle lui est antérieure.

Cette clarification apportée dans le texte même du décret sur le patrimoine vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées.

Article 8

L'article 8 prévoit l'insertion, dans le décret sur le patrimoine, d'un nouvel article 8.2 concernant le caractère contraignant du classement définitif. Le texte prévoit que l'arrêté relatif au classement définitif est contraignant dès sa transmission pour le propriétaire concerné et les autorités et dès sa publication au Moniteur belge pour les tiers.

La transmission aux propriétaires concernés et aux autorités précède la publication au Moniteur belge.

Le texte est conforme à l'article 53, alinéa 5, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone qui précise que les arrêtés qui ont été notifiés aux intéressés sont obligatoires à partir de leur notification ou de leur publication si elle lui est antérieure.

Cette clarification apportée dans le texte même du décret sur le patrimoine vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées. Comme déjà évoqué dans le commentaire général, les infractions aux dispositions du décret sur le patrimoine constatées au quotidien découlent, dans la plupart des cas, d'informations manquantes ou d'une mauvaise compréhension des obligations imposées aux personnes concernées.

Article 9

Le présent article étend le devoir d'information aux propriétaires de biens situés en zone de protection lors d'un classement définitif.

Cette clarification apportée dans le texte même du décret sur le patrimoine, et concernant la publication par extrait dans le Moniteur belge, vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées.

Article 10

L'article 10 concerne les adaptations relatives à l'obligation de conservation de biens classés provisoirement ou définitivement. Les travaux qui peuvent être imposés aux propriétaires servent à prévenir la destruction ou la dégradation du bien classé. En cas d'urgence, le Gouvernement peut décider que les travaux exigés ne soient pas soumis à l'obligation de permis. Il s'agit des cas de dommages dont la survenue est imminente et qui menacent de se présenter avant l'expiration des délais d'octroi de l'autorisation.

Si le propriétaire n'effectue pas les travaux demandés, le Gouvernement peut décider que la Communauté, la Province ou les communes prennent les mesures préventives nécessaires à la conservation du bien, et ce, aux frais du propriétaire et en prenant compte des éventuels subsides accordés par la Communauté et de la caution ou garantie éventuellement déposée conformément à l'article 10.1.

Article 11

L'article 11 insère dans le décret sur le patrimoine des dispositions concernant le dépôt d'une caution ou d'une garantie (article 10.1), le subventionnement des travaux d'entretien réalisés sur des biens classés (article 10.2) et l'établissement de rapports d'état des biens définitivement classés (article 10.3).

Certains biens classés nécessitent, le cas échéant, la réalisation de travaux destinés à leur conservation ou à la prévention de leur destruction ou de leur dégradation. Ces travaux incombent aux propriétaires concernés. Si ceux-ci sont récalcitrants, le Gouvernement a certes la possibilité de faire réaliser les travaux d'office. L'expérience a cependant montré qu'après une telle initiative, le Gouvernement rencontre des difficultés pour récupérer les frais encourus pour les travaux nécessaires. C'est pourquoi le Gouvernement a la possibilité de déterminer le dépôt d'une caution ou d'une garantie pour la réalisation des travaux nécessaires à la conservation du bien classé provisoirement ou définitivement ou à la prévention de sa destruction ou de sa dégradation. La caution ou garantie couvre les travaux réalisés d'office par la Communauté, la Province ou les communes si ceux-ci n'ont pas été effectués de plein gré par le propriétaire. Le montant de la caution ou garantie dépend des travaux à réaliser. Dans des cas motivés, le Gouvernement peut adapter ce montant. Le dépôt d'une caution ou d'une garantie peut, le cas échéant, être exigé par décision judiciaire.

Actuellement, seules des mesures visant la remise en état du bien classé sont soutenues en application du décret relatif à l'infrastructure. En conséquence, un dommage doit être constaté pour que le demandeur puisse prétendre à un subside. Grâce à l'insertion du nouvel article, les propriétaires peuvent demander des subsides pour la réalisation de travaux d'entretien sur un bien classé définitivement. L'article 10.2 détermine les modalités et les conditions de ces subsides. En cas d'infraction aux conditions de subvention constatée dans un délai de deux ans après liquidation dudit subside, le Gouvernement peut réclamer son remboursement en tout ou partie.

L'article 10.3 ouvre la possibilité pour le Gouvernement d'établir un rapport d'état du bien classé définitivement. Ce rapport d'état poursuit l'objectif d'analyser le bien, de le décrire et de déterminer des mesures s'étalant sur une période de cinq ans. Lorsqu'un tel rapport est établi, il est notifié au propriétaire. Le but est de donner à ce dernier un aperçu des obligations qui s'imposeront à long terme et de garantir une conservation intégrée du bien.

Article 12

Ce complément précise le moment où l'arrêté de classement définitif devient contraignant.

Article 13

L'article 13 du décret sur le patrimoine détermine les travaux qui sont soumis à un permis de patrimoine. Jusqu'à présent, la procédure pour des travaux réalisés sur des monuments et sur des bâtiments situés dans une zone de protection est la même. Grâce au présent décret, une procédure différenciée est mise en place : tous les travaux réalisés sur un monument sont soumis à l'obtention d'un permis. Il est également précisé que les travaux d'entretien aussi nécessitent un permis de patrimoine. En revanche, certains travaux réalisés dans une zone de protection ne seront à l'avenir plus soumis à l'obtention d'un permis. La procédure d'obtention d'un permis de patrimoine peut être suspendue si, après l'examen de la demande, force est de constater que le bien se trouve en zone de protection, et que les mesures envisagées n'ont aucune répercussion sur la valeur en tant que témoignage historique ou sur l'aspect extérieur du bien classé. Ceci est notifié par écrit au demandeur dans un délai de quinze jours après réception de la demande complète, et la procédure de demande prend fin. L'important dans cette manière de faire est de définir, en tant que critère essentiel pour le monument, les conséquences éventuelles des travaux sur la valeur en tant que témoignage historique ou sur l'aspect extérieur du bien classé.

En raison des adaptations et des nouvelles formulations apportées, l'article 13 du décret sur le patrimoine est complètement remplacé afin de le rendre plus lisible. La procédure existante d'obtention d'un permis de patrimoine est clarifiée et adaptée partiellement afin de l'accélérer.

Si la commune est elle-même demandeuse, l'avis du collège communal n'est pas demandé dans la suite de la procédure d'autorisation.

Afin de garder une gestion et un contrôle structurés sur les travaux approuvés, le demandeur doit, après réception du permis de patrimoine et dans un délai minimum de huit jours calendrier avant le début des travaux, informer le Gouvernement par recommandé.

Le demandeur est tenu de rendre public le permis octroyé pour les travaux afin que ses voisins soient informés de ceux-ci.

Article 14

Le présent article étend le devoir d'information aux propriétaires de biens situés en zone de protection lors d'un classement définitif. Le texte actuel est à la traîne par rapport à d'autres dispositions belges dans ce domaine.

Article 15

La plupart des arrêtés de classement datent des années 80 et antérieures, et leurs descriptions sont rarement précises. Les biens classés et la politique en matière de protection des monuments ont changé ces dernières années, de sorte qu'une réévaluation des arrêtés de classement à l'aide d'une comparaison entre l'état décrit et la situation actuelle est devenue nécessaire. Pour des raisons de sécurité juridique, la procédure est la même que lors d'un classement ou d'un rapport de celui-ci.

Article 16

Pour simplifier la demande, le Gouvernement met à disposition un formulaire.

Article 17

Cet article est clarifié en ce qui concerne l'octroi d'indemnités en cas de découvertes fortuites. Cette modification vise la mise en œuvre correcte de la procédure et la complétude des informations livrées aux personnes concernées.

Article 18

Le présent article fixe une nouvelle dénomination de l'intitulé au travers de la réorganisation du décret et insère de nouveaux chapitres.

Article 19

Le 15 août étant un jour férié, le délai est prolongé d'un jour.

Article 20

Le présent article énonce une disposition générale relative à la réglementation du contrôle des subsides.

Article 21

L'article 21 concerne la nouvelle structuration des futurs articles 43 à 46.8, regroupés dans un seul et même chapitre VII, intitulé « Infractions et sanctions ».

Article 22

L'article 22 procède à la réécriture de l'actuel article 43 du décret sur le patrimoine. L'expérience a montré que divers actes allant à l'encontre du décret sur le patrimoine ne sont pas punissables et ne peuvent ainsi ni être interdits, ni poursuivis.

En conséquence, la liste des actes interdits doit être complétée.

Doivent être sanctionnés non seulement la réalisation de travaux ne correspondant pas aux dispositions du décret sur le patrimoine et d'autres actes, mais aussi le maintien de ceux-ci. Comme il convient de garantir la conservation des biens classés, le Gouvernement doit avoir la possibilité d'imposer la remise en état ou l'adaptation de travaux réalisés illégalement à la personne qui ne les a éventuellement pas menés elle-même, mais qui les maintient. Parallèlement sont prévus des devoirs d'information afin que les futurs propriétaires soit informés du statut de protection du bien et que ce dernier puisse être acquis en toute connaissance des obligations futures.

Le non-respect de ces obligations et de tout devoir d'information sera sanctionné et pourra être poursuivi.

Les infractions sont imputées à quiconque les a menées et au propriétaire du bien concerné qui les a laissés réaliser, les a consenties ou tolérées.

Article 23

L'article 23 complète l'article 44 du décret sur le patrimoine. Il est expressément déterminé que les procès-verbaux établis par les fonctionnaires désignés, et concernant les infractions mentionnées à l'article 43, doivent être transmis, et les délais sont spécifiés.

Article 24

L'article 24 insère un article 45.1 dans le décret sur le patrimoine. Il ouvre la possibilité de donner un avertissement avant l'établissement du procès-verbal et d'accorder un délai de régularisation. L'objectif est de donner à la personne concernée une dernière possibilité de se conformer aux dispositions du décret sur le patrimoine, sans que cela nécessite d'autres mesures administratives ou sanctions, voire des mesures judiciaires. En cas d'avertissement verbal, une confirmation écrite dans les quinze jours calendrier est prévue. Si l'infraction n'a pas été corrigée au terme du délai, un procès-verbal est dressé.

Article 25

L'article 25 concerne des modifications de l'actuel article 46 et la procédure des injonctions. L'objectif est de préciser les conditions et les modalités de la procédure.

Les fonctionnaires et agents compétents peuvent ordonner sur place l'interruption des travaux, la cessation de l'utilisation du bâtiment ou l'accomplissement d'actes; si ceux-ci sont réalisés sans permis ou en violation des dispositions des permis octroyés. Il s'agit par-là de stopper les travaux en cours (arrêt des travaux) ou d'interdire l'utilisation illégale d'un bâtiment afin de prévenir tout dommage causé à des biens classés provisoirement ou définitivement. Cette disposition ne s'applique pas aux travaux déjà terminés.

Des injonctions sont également possibles en cas de découvertes fortuites de biens archéologiques afin de prévenir toute destruction ou dégradation dudit bien archéologique.

L'injonction doit être confirmée par le Gouvernement dans un délai de sept jours calendrier. Le procès-verbal et la décision de confirmation sont envoyés par recommandé aux institutions et personnes énumérées dans la disposition. La possibilité de demander la levée de la mesure auprès du Président du tribunal de première instance est maintenue.

Article 26

L'article 26 a pour objectif de compléter la procédure de poursuite des infractions contre le décret sur le patrimoine et de l'adapter en regard des expériences acquises au cours des dernières années. L'article 26 insère les articles 46.1 à 46.8 dans l'actuel décret sur le patrimoine. Ces dispositions ouvrent des possibilités de procédures tant judiciaires qu'extrajudiciaires pour le Gouvernement.

Sont prévues trois possibilités de procédures extrajudiciaires : une procédure de transaction, la fixation de mesures administratives et/ou la réclamation d'amendes administratives.

En cas d'infraction constatée par un procès-verbal et si le Procureur du Roi n'a pas communiqué, dans un délai de soixante jours après réception dudit procès-verbal, son intention de poursuivre pénalement ladite infraction, le Gouvernement peut :

- soit engager la procédure d'examen de conformité conformément à l'article 46.2 nouvellement inséré;
- soit infliger des mesures administratives conformément à l'article 46.3 et/ou une amende administrative.

Nonobstant ces possibilités de procédures extrajudiciaires, le décret proposé prévoit expressément des possibilités de poursuite judiciaire. Il détermine les mesures qui peuvent être exigées devant le juge pénal lors d'une poursuite judiciaire par le Procureur ou devant le juge civil à l'initiative du Gouvernement. L'objectif est que le Gouvernement puisse disposer d'un propre droit d'action, dans une procédure tant pénale que civile, et ce, dans l'intérêt général et dans un but de protection du patrimoine.

Procédure de conformité (art. 46.2)

La procédure d'examen de conformité permet au Gouvernement d'analyser la possibilité d'une régularisation de l'infraction commise.

Cet examen se fait sur la base d'une demande. Le Gouvernement peut décider d'exiger de l'auteur qu'il introduise une demande d'examen de conformité dans un délai fixé. Dans la plupart des cas, le Gouvernement ne peut en effet pas juger sans plan ni autres informations si les travaux et actes peuvent, le cas échéant, être approuvés ultérieurement ou non. La demande respecte le contenu d'une demande de permis de patrimoine (article 13), d'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques (article 25.1) ou d'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques (article 26). Au préalable, le Gouvernement peut déjà, le cas échéant, exiger l'adaptation des travaux qui doivent être pris en compte lors de la demande d'examen de conformité.

Le Gouvernement statue sur la demande par le biais d'une décision relative à la conformité.

Le Gouvernement a trois possibilités :

- il constate que les travaux et autres actes peuvent être approuvés ultérieurement. Dans ce cas, le Gouvernement propose le paiement d'un montant transactionnel dans un délai fixé par lui (douze mois au maximum). Le montant est fixé conformément au § 9 du nouvel article 46.2. Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour le Gouvernement de demander toute autre réparation relative à l'infraction concernée. La décision relative à la conformité vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

- il constate que les travaux et autres actes peuvent être approuvés ultérieurement moyennant la réalisation de travaux d'aménagement et/ou, le cas échéant, en tenant compte des conditions fixées dans la décision. Dans ce cas, le Gouvernement propose également une transaction. Celle-ci s'effectue par le paiement d'une somme d'argent fixée selon le § 9 de l'article 46.2 et l'exécution des conditions et des travaux d'aménagement exigés. Un contrôle des travaux est mené. La décision relative à la conformité a force de chose jugée à compter de la réception du paiement du montant transactionnel et de la présentation du certificat de conformité des travaux d'aménagement à réaliser ou des conditions à respecter, ou au terme du délai prévu pour mener le contrôle de conformité si celui-ci a été demandé par l'auteur et qu'il n'a pas été mené dans le délai imparti. Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour le Gouvernement de demander toute autre réparation relative à l'infraction concernée. La décision relative à la conformité vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

- il constate que les actes et travaux réalisés ne peuvent être approuvés ultérieurement, car ils ne sont pas compatibles avec les objectifs et les dispositions du décret sur le patrimoine. Dans ce cas, le Gouvernement exige la remise complète ou partielle en l'état initial dans un délai fixé par lui (douze mois au maximum).

Une possibilité de recours auprès du Gouvernement est prévue. Si la décision du Gouvernement concernant le recours n'est pas transmise dans le délai prévu, celle prise en première instance est censée être confirmée.

Afin de garantir l'objectif poursuivi par les mesures de poursuite nouvellement déterminées et d'éviter qu'une demande d'autorisation soit introduite après l'établissement du procès-verbal et parallèlement à la procédure administrative ou à l'éventuelle procédure de conformité, et ce, dans le but d'échapper à la procédure et à l'éventuelle mesure administrative, il est prévu que chaque demande qui, conformément aux articles 13, 25.1 ou 26, concerne des travaux ou actes ayant fait l'objet d'une constatation par procès-verbal et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un examen de conformité, doit être déclarée irrecevable jusqu'à ce que :

- soit un jugement exécutoire soit prononcé par un tribunal compétent,
- soit une décision relative à la conformité ait force de chose jugée ou
- que l'exécution des mesures exigées et/ou le paiement des amendes exigées aient été confirmés par le Gouvernement.

L'interdiction concerne les demandes qui ont été introduites après la notification officielle du procès-verbal.

Le § 9 du nouvel article 46.1 précise comment le montant transactionnel est calculé. Ce calcul repose sur le modèle wallon correspondant.

Mesures administratives (art. 46.3)

Le Gouvernement peut exiger des mesures administratives.

Cette possibilité se présente, par exemple, dans les cas suivants :

- dans les cas où, sans information complémentaire, il est certain que les actes et travaux réalisés illégalement ne peuvent être approuvés ultérieurement, même moyennant des travaux d'aménagement ou l'application de conditions. Dans de tels cas, un examen de conformité est superflu;
- dans les cas où l'auteur ne remplit pas les exigences formulées dans le cadre de la procédure d'examen de conformité;
- dans les cas où l'examen de conformité serait trop long pour éviter un dommage causé au bien classé provisoirement ou définitivement.

Les mesures pouvant être exigées sont les suivantes :

- la remise totale ou partielle en l'état initial ou l'exécution de mesures modificatives dans un délai fixé par le Gouvernement (douze mois au maximum);
- la mise sous scellés du bien concerné et, au besoin, sa fermeture temporaire immédiate;
- toute autre mesure nécessaire afin de corriger ou d'empêcher un dommage au bien classé, à un bien, un site ou un sondage archéologiques.

Pour l'exécution des mesures exigées, aucune autorisation ni aucun permis conformément aux articles 13, 25.1 ou 26 n'est nécessaire.

L'auteur a la possibilité d'exiger la levée de la décision auprès du tribunal correctionnel dans un délai de trente jours calendrier suivant la réception de ladite décision.

Si les auteurs sont récalcitrants, le Gouvernement peut mener d'office les mesures exigées, et ce, à leur charge. Le Gouvernement peut, le cas échéant, exiger le dépôt d'une caution ou d'une garantie en tant que cautionnement des travaux à réaliser.

Amendes administratives (art. 46.4 à 46.6)

Les infractions constatées qui ne sont pas poursuivies pénalement par le Procureur du Roi et qui n'ont pas été l'objet d'une décision relative à la conformité ayant force de chose jugée peuvent être punies au moyen d'amendes administratives. Les dispositions concernées s'appuient sur la loi du 24 juin 2013 relative aux sanctions administratives communales. Les amendes doivent être infligées dans un délai de six mois. Ce délai court soit à compter de la réception du procès-verbal, soit, s'il a été décidé de mener une procédure d'examen de conformité, au terme des délais imposés à l'auteur dans le cadre de cette procédure. Au terme des six mois, aucune amende ne peut plus être infligée.

La procédure relative aux amendes administratives peut être menée parallèlement à l'exécution de mesures administratives conformément à l'article 46.3.

Le Gouvernement informe le contrevenant par recommandé de son intention d'engager une procédure administrative destinée à fixer une amende administrative. Le contrevenant peut communiquer sa position oralement ou par écrit. Il a également le droit de se faire assister ou représenter par un conseil et de consulter son dossier.

Le Gouvernement doit prendre en compte les moyens de défense du contrevenant dans sa décision.

La décision d'imposer une amende administrative a force exécutoire à l'expiration du délai d'un mois à compter de la notification de ladite décision. La possibilité d'introduire un recours auprès du tribunal correctionnel est prévue. La demande auprès du tribunal correctionnel suspend la force exécutoire de l'amende.

L'article 46.5 proposé concerne les modalités relatives au recouvrement des amendes administratives.

L'article 46.6 proposé précise que les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à compter de la date à laquelle elles doivent être payées. Le délai de prescription peut toutefois être interrompu conformément aux articles 2244 et suivants du Code civil.

Poursuite judiciaire (art. 46.7 à 46.8)

L'article 46.7 proposé concerne la possibilité de poursuite judiciaire des infractions constatées devant le tribunal correctionnel. Si le Procureur entame une procédure pénale, le Gouvernement a le droit d'exiger devant le tribunal correctionnel la remise en l'état initial du bien ou la réalisation de travaux d'aménagement. Le tribunal ordonne la mesure de remise en état exigée en sus de la peine et fixe un délai pour l'exécution de la mesure (douze mois maximum). Les droits de la partie civile se limitent à la mesure choisie par le Gouvernement. Comme indiqué ci-dessus, cette disposition vise à ce que le Gouvernement dispose de son propre droit d'action dans l'intérêt général et dans un but de protection du patrimoine en Communauté germanophone.

Dans les cas où le Procureur du Roi ne poursuit pas pénalement l'infraction, le Gouvernement a le droit d'entamer lui-même une procédure devant le tribunal civil et d'exiger la remise en l'état initial du bien ou la réalisation de travaux d'aménagement. Dans ce cas aussi, les droits des tiers lésés se limitent à la mesure choisie par le Gouvernement.

Si les travaux exigés ne sont pas réalisés, la procédure prévoit des mesures exécutoires, y compris l'établissement d'une hypothèque légale.

L'article 46.8 prévoit en outre que la citation devant le tribunal correctionnel ou l'exploit introductif d'instance auprès de la conservation des hypothèques dans le ressort où se trouve le bien concerné est inscrit ainsi que les mesures suivantes (jugement, exécution des mesures, existence d'une décision exécutoire relative à la conformité ou exécution de mesures administratives). Ainsi, il est garanti que les éventuels futurs propriétaires seront informés des procédures en cours ou achevées afin qu'ils puissent acquérir le bien en toute connaissance de cause.

Article 27

Le présent article procède à une modification par une réorganisation du décret et l'insertion de nouveaux chapitres.

Article 28

Le présent article introduit une disposition transitoire afin de garantir que les procédures en cours – par exemple, des procédures de classement existantes ou des demandes de permis de patrimoine déjà introduites – continuent à être menées conformément aux dispositions en vigueur jusqu'à présent. Ainsi est apportée une certaine sécurité juridique au demandeur concerné.

Article 29

Le présent article fixe la date d'entrée en vigueur du présent décret modificatif.

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles

Article 1^{er} – L'article 1^{er} du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles est complété par un 5.1^o rédigé comme suit :

« 5.1^o travaux d'entretien : mesures de prévention, d'entretien et de maintenance qui sont réalisées sur les éléments constitutifs des biens classés, sont propices à une transmission authentique, préviennent l'apparition de dommages et retardent généralement la mise en œuvre de mesures de remise en état et de restauration lourdes et, le cas échéant, extrêmement coûteuses; »

Art. 2 – À l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, 5^o, les mots « écrite sur » sont remplacés par les mots « communiquée par recommandé aux propriétaires du bien à classer et relative à » et les mots « du bien à classer » sont insérés entre les mots « au propriétaire » et « de se rendre sur place »;

2^o le § 3 est complété par les mots « au moyen d'un formulaire fixé par lui »;

3^o dans le § 5, les mots « le propriétaire » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés ».

Art. 3 – L'article 5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5 - *Validité et caractère contraignant du classement provisoire*

Le classement provisoire est valable pour douze mois au plus à dater de l'adoption de l'arrêté y relatif.

L'arrêté relatif au classement provisoire est contraignant pour le propriétaire concerné et les autorités dès sa transmission conformément à l'article 7, § 1^{er}, et pour les tiers, dès sa publication au Moniteur belge. »

Art. 4 – À l'article 6 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le propriétaire notifie » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés par le classement provisoire du bien ou par sa zone de protection notifient » et les mots « le propriétaire transmet » par les mots « les propriétaires transmettent »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « le propriétaire est solidairement responsable » sont remplacés par les mots « les propriétaires sont solidairement responsables »;

3^o le § 2 est complété par les mots « et publié au Moniteur belge sous forme d'extrait ».

Art. 5 – À l'article 7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « par recommandé » sont insérés entre le mot « simultanément » et les mots « pour avis facultatif »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, les mots « au propriétaire » sont remplacés par les mots « aux propriétaires du bien provisoirement classé ainsi qu'aux propriétaires des biens situés dans sa zone de protection »;

3^o dans le § 1^{er}, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 6 – À l'article 8 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « ainsi que de leur zone de protection »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'arrêté de classement définitif est transmis, par recommandé, simultanément aux personnes suivantes :

1° aux propriétaires du bien classé;

2° aux propriétaires des biens situés dans sa zone de protection.

Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Une copie de l'arrêté portant classement définitif est adressée :

1° à la commission;

2° au collège communal compétent en vue de la publication par affichage;

3° au collège provincial;

4° au Gouvernement de la Région wallonne. »

Art. 7 – À l'article 8.1 du même décret, inséré par le décret du 14 février 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 4 est complété par la phrase suivante :

« Cette communication mentionne explicitement le devoir d'information conformément à l'article 9. »;

3° le § 3 est complété par les mots « et publié au Moniteur belge sous forme d'extrait »;

4° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – L'arrêté portant enregistrement de la zone de protection est contraignant pour le propriétaire concerné et les autorités dès la transmission conformément au § 2 et pour les tiers, dès sa publication au Moniteur belge. »

Art. 8 – Dans le même décret, il est inséré un article 8.2 rédigé comme suit :

« Art. 8.2 - *Caractère contraignant du classement définitif*

L'arrêté relatif au classement définitif est contraignant pour le propriétaire concerné et les autorités dès sa transmission conformément à l'article 8, § 3, et pour les tiers, dès sa publication au Moniteur belge. »

Art. 9 – À l'article 9 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « le propriétaire notifie » sont remplacés par les mots « les propriétaires concernés par le classement provisoire du bien ou de sa zone de protection notifient » et les mots « le propriétaire transmet » par les mots « les propriétaires transmettent »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « le propriétaire est solidairement responsable » sont remplacés par les mots « les propriétaires sont solidairement responsables »;

3° le § 2 est complété par les mots « et publié au Moniteur belge sous forme d'extrait ».

Art. 10 – À l'article 10 du même décret, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 – Le Gouvernement peut exiger du propriétaire du bien classé provisoirement ou définitivement la réalisation de travaux nécessaires à la prévention de sa destruction ou de sa dégradation.

Afin de prévenir un risque imminent de dommage causé au bien classé, au bien ou au site archéologique ou d'éviter des sondages archéologiques, le Gouvernement peut exiger l'exécution des travaux qui ne sont pas soumis à une approbation conformément à l'article 13.

Si le propriétaire néglige de réaliser les travaux nécessaires permettant de prévenir la destruction ou la dégradation d'un bien immobilier classé provisoirement ou définitivement, la Communauté, la Province ou la commune peut se substituer à lui, conformément aux conditions imposées par le Gouvernement, et prendre les mesures préventives nécessaires à la conservation du bien. La commune ou la Province obtient alors les subsides accordés par la Communauté.

À défaut d'accord avec le propriétaire, les frais exposés sont couverts par la caution ou garantie déposée conformément à l'article 10.1. Les autorités mentionnées à l'alinéa 3 peuvent récupérer par toute voie de droit les frais exposés non couverts par la caution ou garantie, dans la mesure où ils ont été engagés dans l'intérêt du bien classé provisoirement ou définitivement. Si le bien appartient à une personne de droit privé et qu'il ne s'agit pas de travaux d'entretien, celle-ci peut demander que l'autorité en question acquière son bien. Dans ce cas, les frais éventuellement exposés pour les mesures de protection seront déduits du prix d'achat.

Art. 11 – Dans le même décret, il est inséré des articles 10.1 à 10.3 rédigés comme suit :

« *Art. 10.1 – Dépôt d'une caution ou garantie*

§ 1^{er} – Le Gouvernement peut obliger le propriétaire concerné à déposer une caution ou garantie qui constitue un cautionnement lors de la réalisation des travaux nécessaires à la conservation du bien classé provisoirement ou définitivement ou à la prévention de sa destruction ou de sa dégradation. Le montant de la caution ou garantie dépend des travaux à réaliser.

Au choix du propriétaire, le cautionnement consiste en un dépôt auprès de la caisse des dépôts et consignations ou en une garantie bancaire indépendante ou en toute autre forme de cautionnement déterminée par le Gouvernement, et ce, à concurrence du montant mentionné dans la créance.

Lorsque le cautionnement consiste en un versement en espèces, le propriétaire est obligé de l'augmenter annuellement des intérêts produits pendant l'année précédente. Lorsque le cautionnement consiste en une garantie bancaire indépendante, celle-ci doit obligatoirement être émise par un institut de crédit qui est enregistré auprès de la Commission bancaire et financière ou auprès d'une autorité d'un État membre de l'Union européenne, compétente pour le contrôle des instituts de crédit.

Dans des cas motivés, le Gouvernement peut adapter le montant de la caution ou garantie.

§ 2 – Le dépôt d'une caution ou garantie ainsi que la constitution d'une hypothèque peut, le cas échéant, être réclamé auprès du juge compétent.

§ 3 – Après l'expiration d'un délai de trois mois à partir du moment où la réalisation régulière des travaux exigés par le Gouvernement est constatée, le cautionnement est libéré et les intérêts éventuels remboursés. Une libération par tranches peut être prévue.

Art. 10.2 – Soutien pour des travaux d'entretien réalisés sur des biens définitivement classés

§ 1^{er} – Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer des subsides pour des travaux d'entretien réalisés sur des biens définitivement classés, dans la mesure où un permis de patrimoine a été délivré pour ces travaux.

Le demandeur introduit une demande de subsides écrite auprès du Gouvernement, et ce, au moyen d'un formulaire fixé par ce dernier. La demande doit être accompagnée des documents suivants :

1° une description, en mots ou en images, les positions et un schéma des actes et travaux prévus, accompagnés – le cas échéant – des documents techniques y afférents;

2° un devis avec répartition par poste, indication des travaux confiés à des entreprises spécialisées, d'une part, et des travaux réalisés en régie propre avec indication du coût des matériaux, d'autre part;

3° une copie du permis d'urbanisme et, si celui-ci n'est pas nécessaire, la justification y relative.

§ 2 – Le subside représente 80 % du montant total des coûts admissibles qui entrent en ligne de compte pour un subventionnement, avec un subside d'un montant maximal de 22 000 euros.

Le subside représente 100 % du montant total des coûts admissibles qui entrent en ligne de compte pour un subventionnement, frais engagés pour le matériel, le transport et les moyens d'exécution, avec un subside d'un montant maximal de 10 000 euros, si les travaux sont réalisés en régie par le demandeur, par des bénévoles ou par une autorité.

Le montant maximal du subside peut être multiplié par un coefficient pour l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

§ 3 – Au terme des travaux, le demandeur transmet les justificatifs pour les coûts admissibles.

Le Gouvernement fait contrôler sur place, par les agents désignés conformément à l'article 44, que les transformations correspondent à la promesse de subsides. Si le contrôle est positif, le subside est liquidé.

Lorsqu'une infraction aux conditions de subventionnement est constatée dans les deux ans suivant la liquidation d'un subside, le Gouvernement peut récupérer tout ou partie dudit subside.

Art. 10.3 – Rapport sur l'état des biens définitivement classés

Pour chaque bien classé définitivement, le Gouvernement peut établir un rapport sur son état afin d'en garantir la conservation intégrée. Le rapport est composé :

1° d'un examen détaillé de l'état du bien;

2° d'un catalogue de mesures, reprenant les travaux d'entretien et de restauration nécessaires à réaliser dans les cinq prochaines années.

Le rapport est transmis au propriétaire du bien concerné et peut être actualisé tous les cinq ans.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. »

Art. 12 – Dans l'article 12, § 1^{er}, du même décret, l'alinéa 2 est complété par les mots « , conformément à l'article 8.2. »

Art. 13 – À l'article 13 du même décret, modifié par le décret du 15 mars 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° les paragraphes 1^{er} à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« § 1^{er} – Des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur un bien provisoirement ou définitivement classé nécessitent

un permis. Ceci vaut également pour le placement d'enseignes et de dispositifs de publicité et d'éclairage.

Sans préjudice du § 3, alinéa 3, les travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur les biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement nécessitent un permis. Ceci vaut également pour le placement d'enseignes et de dispositifs de publicité et d'éclairage.

Pour ce faire, le Gouvernement octroie un permis de patrimoine. Celui-ci peut être conditionnel.

§ 2 – Le propriétaire, locataire ou résident qui souhaite réaliser des travaux doit, pour tout travail de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur réalisé sur un bien provisoirement ou définitivement classé ou pour tout travail de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisé sur des biens situés dans sa zone de protection, demander le permis de patrimoine par recommandé auprès du Gouvernement. À cette fin, il utilise le formulaire fixé par le Gouvernement.

Lorsqu'il reçoit une demande de permis d'urbanisme ou d'urbanisation relative à un bien provisoirement ou définitivement classé ou à un bien situé dans sa zone de protection, le collège communal compétent communique par écrit au demandeur l'obligation d'obtenir un permis de patrimoine. Parallèlement, il transmet au Gouvernement une copie de cette communication.

§ 3 – La demande écrite d'un permis de patrimoine sera accompagnée des documents suivants :

1° le titre de propriété du bien en question ou, si le demandeur n'est pas le propriétaire, l'accord écrit de celui-ci quant aux projets de travaux sur le bien en question;

2° une description des travaux prévus ainsi que des photos actuelles du bien en question et des parties du bien concernées par les travaux envisagés;

3° pour autant qu'ils existent, des plans d'architecte pour les travaux prévus.

Dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande de permis de patrimoine, le Gouvernement demande, le cas échéant, les documents manquants ou incomplets ou en exige d'autres. Si la demande est complète, le Gouvernement transmet au demandeur une attestation allant dans ce sens. Si l'attestation n'est pas transmise dans le délai prévu, la demande est censée être complète.

Si la demande de permis de patrimoine concerne un bien qui se situe dans la zone de protection d'un bien provisoirement ou définitivement classé, le Gouvernement examine, dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande, si les travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur ont des répercussions sur la valeur en tant que témoignage historique ou sur l'aspect extérieur du bien provisoirement ou définitivement classé ou de ses alentours. En l'absence de telles répercussions, le Gouvernement peut décider qu'un permis de patrimoine n'est pas requis. Cette décision est communiquée par écrit au demandeur et la procédure de demande prend fin.

Si la procédure de demande n'a pas pris fin conformément à l'alinéa 3, le Gouvernement peut, après avoir confirmé que le dossier est complet ou au terme du délai mentionné dans l'alinéa 2, demander un avis à la Commission et au collège communal compétent, et ce, dans les quinze jours calendrier. L'avis du collège communal n'est pas demandé si la commune est elle-même demandeuse.

Pour émettre leur avis, la commission et le collège communal disposent d'un délai de trente jours calendrier suivant le jour où le Gouvernement leur a transmis la demande d'avis. Au terme de ce délai, la commission ou le collège communal est censé avoir approuvé le permis de patrimoine. Dans son avis, le collège communal signale les incompatibilités du projet avec les plans, règlements, guides ou schémas en vigueur ou en projet, avec les permis octroyés ou demandés ou avec d'autres décisions.

À partir de la réception du dernier avis ou à l'expiration du délai de trente jours imparti pour rendre un dernier avis, le Gouvernement dispose de trente jours calendrier pour statuer sur le permis de patrimoine. Si aucune décision n'est prise au terme de ce délai, le Gouvernement est censé avoir accordé le permis de patrimoine.

Si nécessaire, le Gouvernement peut, avant de prendre sa décision, rencontrer les acteurs concernés afin d'éclaircir la demande de permis de patrimoine.

La décision prise par le Gouvernement à propos de la demande de permis de patrimoine est transmise aux personnes et institutions suivantes :

- 1° le demandeur;
- 2° le propriétaire du bien concerné, s'il n'est pas le demandeur;
- 3° le collège communal;
- 4° le Gouvernement de la Région wallonne.

§ 4 - Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision prise par le Gouvernement, le demandeur peut introduire un recours auprès de ce dernier. Le recours motivé est introduit par recommandé. Le Gouvernement dispose d'un délai de trente jours calendrier pour statuer. Si la décision n'est pas transmise dans le délai prévu, celle prise en première instance est censée être confirmée. »

2° l'article est complété par un § 4.1 rédigé comme suit :

« § 4.1 - Le demandeur informe le Gouvernement par recommandé huit jours calendrier avant le début des travaux.

Un avis mentionnant qu'un permis a été octroyé doit être affiché par le demandeur sur le bien en question, le long de la rue, pendant la durée totale des travaux et doit être lisible depuis la rue. »

Art. 14 – Dans l'article 15, l'alinéa 2 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« En cas de cession de la propriété d'un bien provisoirement ou définitivement classé, d'une partie de celui-ci ou d'un bien situé dans sa zone de protection ou d'une partie de celui-ci, l'officier instrumentant est tenu de mentionner dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé ou situé dans la zone de protection d'un bien classé. L'acte de cession est accompagné d'une copie de l'arrêté de classement. L'officier instrumentant informe sans délai le Gouvernement et l'administration communale concernée de l'identité et de l'adresse du nouveau propriétaire du bien classé provisoirement ou définitivement ou, selon le cas, d'un bien situé dans sa zone de protection. »

Art. 15 – À l'article 16 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Rapport ou réévaluation du classement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « pour rapporter » sont remplacés par les mots « pour rapporter ou réévaluer ».

Art. 16 – Dans l'article 26, alinéa 2, du même décret, la phrase suivante est insérée entre la troisième et la quatrième :

« La demande d'autorisation est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le Gouvernement. »

Art. 17 – L'article 35, alinéa 1^{er}, 3^o, du même décret est complété par la phrase suivante :

« L'indemnisation n'est accordée que lorsque les obligations mentionnées à l'article 34, § 2, ont été respectées après la communication de la découverte fortuite. »

Art. 18 – L'intitulé du chapitre VI du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI – Dispositions diverses ».

Art. 19 – Dans l'article 42 du même décret, le nombre « 14 » est remplacé par le nombre « 15 ».

Art. 20 – Dans le chapitre VI du même décret, il est inséré un article 42.1 rédigé comme suit :

« Art. 42.1 – *Contrôle des subsides*

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en exécution du présent décret s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes. »

Art. 21 – Dans le même décret, il est inséré après le chapitre VI un chapitre VII, comportant les articles 43 à 46.8, intitulé comme suit :

« Chapitre VII – Infractions et sanctions »

Art. 22 – À l'article 43 du même décret, modifié par le décret du 14 février 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1^o à l'alinéa 1^{er}, les 1^o à 7^o sont remplacés par ce qui suit :

« 1^o celui qui omet de respecter les prescriptions fixées par l'arrêté de classement conformément aux articles 4 et 8;

2^o l'officier instrumentant qui omet de noter — conformément à l'article 15 — dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé ou se situe dans la zone de protection d'un bien classé;

3^o celui qui réalise, sans le permis de patrimoine prévu à l'article 13, après expiration ou suspension dudit permis ou en enfreignant les prescriptions de celui-ci, ou sans l'obtention de la décision concernant la dispense de permis mentionnée à l'article 13, § 3, alinéa 3, des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur sur un bien classé provisoirement ou définitivement ou des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur des biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement;

4^o celui qui maintient des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur sur un bien classé provisoirement ou définitivement ou des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur les biens situés dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement, qui ont été réalisés sans le permis de patrimoine prévu à l'article 13, après expiration ou suspension dudit permis ou en enfreignant les prescriptions de celui-ci;

5^o celui qui réalise ou maintient des transformations physiques au bien provisoirement ou définitivement classé en violation des prescriptions d'une décision de justice définitive;

6^o celui qui omet d'informer sur le début des travaux, conformément aux articles 13, § 4.1, et 46.7, § 4;

7^o celui qui omet de procéder à l'affichage mentionné à l'article 13, § 4.1;

8^o celui qui apporte des transformations au sein d'un site archéologique repris dans l'atlas des sites archéologiques sans avoir obtenu l'autorisation prévue à l'article 25.1, après suspension de ladite autorisation ou en ayant enfreint les prescriptions de celle-ci;

9° celui qui maintient des transformations au sein d'un site archéologique repris dans l'atlas des sites archéologiques, qui ont été réalisées sans avoir obtenu l'autorisation prévue à l'article 25.1, après suspension de ladite autorisation, ou en ayant enfreint les prescriptions de celle-ci;

10° celui qui mène des sondages ou fouilles archéologiques sans l'autorisation prévue à l'article 26 ou en infraction des prescriptions de celle-ci;

11° celui qui enfreint l'interdiction d'utiliser un détecteur électronique ou magnétique, prévue à l'article 29;

12° celui qui omet de remplir les obligations mentionnées à l'article 34. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des dispositions du Code pénal, les infractions mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être mises à charge des personnes suivantes :

1° leur auteur;

2° le propriétaire du bien concerné qui les a suscitées, autorisées ou tolérées. »

Art. 23 – L'article 44 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans les quinze jours de leur rédaction, les procès-verbaux de constat sont transmis par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1° le maître de l'ouvrage;

2° tout titulaire d'un droit réel sur le bien concerné, à l'exception de l'hypothèque ou de l'antichrèse;

3° toute personne qui fait usage du bien concerné;

4° le procureur du Roi;

5° le collège communal;

6° le Gouvernement de la Région wallonne. »

Art. 24 – Dans le même décret, il est inséré un article 45.1 rédigé comme suit :

« Art. 45.1 – Avertissement avant verbalisation

S'il y a infraction telle que mentionnée à l'article 43, les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 peuvent donner un avertissement à l'auteur ou au propriétaire du bien concerné et accorder un délai de régularisation.

Si l'avertissement est donné oralement, le fonctionnaire ou l'agent avertissant le confirme par écrit dans les quinze jours calendrier.

Au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, un procès-verbal de constat est dressé conformément à l'article 44. »

Art. 25 – À l'article 46 du même décret, modifié par le décret du 14 février 2011, les alinéas 1^{er} à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« Les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 peuvent ordonner sur place l'interruption des travaux, la cessation de l'utilisation du bâtiment ou l'accomplissement d'actes lorsqu'ils constatent que :

1° ceux-ci ne sont pas conformes au permis de patrimoine délivré conformément à l'article 13, à l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 ou à l'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques délivrée conformément à l'article 26;

2° ceux-ci sont réalisés sans le permis de patrimoine délivré conformément à l'article 13, sans l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 ou sans l'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques délivrée conformément à l'article 26, ou en violation des prescriptions du présent décret;

3° les découvertes fortuites n'ont pas été communiquées conformément à l'article 34, § 1^{er}, ou que les obligations énumérées pour celles-ci à l'article 34, § 2, n'ont pas été remplies.

Sans préjudice de l'article 35, les frais éventuellement encourus par l'intéressé ne lui sont pas remboursés. Dès que l'ordre a été donné, un procès-verbal est dressé pour toute infraction.

Sous peine de nullité, l'ordre doit être confirmé dans les sept jours calendrier par le Gouvernement.

Le procès-verbal de constat et la décision de confirmation sont transmis par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

- 1° le maître de l'ouvrage;
- 2° la personne physique ou morale qui réalise les travaux;
- 3° tout titulaire d'un droit réel sur le bien concerné, à l'exception de l'hypothèque ou de l'antichrèse;
- 4° toute personne qui fait usage du bien concerné;
- 5° le procureur du Roi;
- 6° le collège communal;
- 7° le Gouvernement de la Région wallonne.

L'intéressé peut, par la voie du référé, demander la levée des mesures devant le président du tribunal de première instance dans le ressort duquel les travaux et actes ont été menés. La partie IV, livre II, titre VI, du Code judiciaire est applicable pour l'introduction et l'examen de la demande. »

Art. 26 – Dans le même décret, il est inséré des articles 46.1 à 46.8 rédigés comme suit :

Art. 46.1 – Mesures après verbalisation

Si le procureur du Roi, dans un délai de soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, n'a pas communiqué son intention de poursuivre pénalement l'infraction constatée, le Gouvernement peut :

- 1° engager une procédure d'examen de conformité conformément à l'article 46.2 ou
- 2° prendre des mesures administratives conformément à l'article 46.3 et/ou infliger immédiatement une amende administrative conformément à l'article 46.4.

Art. 46.2 – Examen de conformité et transaction

§ 1^{er} – Si, conformément à l'article 46.1, le Gouvernement décide d'engager la procédure d'examen de conformité, les fonctionnaires et agents mentionnés à l'article 44 invitent l'auteur à introduire dans un délai fixé par eux une demande d'examen de conformité. Selon le cas, c'est la procédure prévue pour les demandes de permis de patrimoine conformément à l'article 13, les demandes d'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques conformément à l'article 25.1 ou les demandes d'autorisation pour des fouilles ou sondages archéologiques conformément à l'article 26 qui sera alors applicable.

L'invitation peut contenir une proposition d'adaptation des transformations ou travaux qui ont été réalisés illégalement au sens de l'article 43; il en sera tenu compte dans la demande à introduire.

La demande introduite mentionne qu'il s'agit d'une demande en examen de conformité au sens du présent article.

§ 2 – Dans sa décision relative à la conformité, le Gouvernement peut constater que les transformations ou travaux réalisés illégalement au sens de l'article 43 :

- 1° peuvent être approuvés tels quels ultérieurement, le cas échéant en tenant compte des conditions fixées dans la décision;

2° peuvent être approuvés ultérieurement moyennant la réalisation de travaux d'aménagement, le cas échéant en tenant compte des conditions fixées dans la décision;
3° ne peuvent être approuvés ultérieurement.

§ 3 – Dans le cas mentionné au § 2, 1°, le Gouvernement propose une transaction. La transaction a lieu moyennant le paiement d'une somme calculée conformément au § 9.

Le Gouvernement détermine le délai dans lequel le paiement de la somme doit intervenir, délai ne pouvant dépasser douze mois. Le montant de la transaction est payé au profit de la Communauté germanophone.

À partir de la réception du montant de la transaction, la décision relative à la conformité a force de chose jugée et vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

Le versement du montant de la transaction éteint l'action publique et le droit pour le Gouvernement de demander toute autre réparation.

§ 4 – Dans le cas mentionné au § 2, 2°, le Gouvernement propose une transaction qui a lieu moyennant le paiement d'une somme d'argent calculée conformément au § 9 et la réalisation des travaux d'aménagement.

Le Gouvernement détermine le délai dans lequel le paiement de la somme doit intervenir, ainsi que celui dans lequel les travaux d'aménagement doivent être réalisés, délai ne pouvant dépasser douze mois. Le montant de la transaction est payé au profit de la Communauté germanophone.

L'auteur informe le Gouvernement que les travaux d'aménagement à réaliser sont terminés, et ce, dans les quinze jours calendrier de leur achèvement. Le contrôle portant sur la conformité des travaux d'aménagement intervient dans les soixante jours calendrier suivant la réception de l'information par le Gouvernement. Si le contrôle de conformité n'est pas mené dans le délai imparti, les travaux d'aménagement sont censés être conformes.

À partir de la réception du montant de la transaction et de la présentation du certificat de conformité des travaux d'aménagement à réaliser ou au terme du délai prévu pour mener le contrôle de conformité, la décision relative à la conformité a force de chose jugée et vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

L'action publique et le droit du Gouvernement d'exiger toute autre réparation pour l'infraction concernée s'éteignent par le paiement du montant de la transaction et la réalisation conforme des travaux d'aménagement.

§ 5 – Dans le cas mentionné au § 2, 3°, le Gouvernement exige la remise en l'état initial dans un délai fixé par lui et qui ne peut dépasser douze mois.

§ 6 – La décision relative à la conformité est transmise par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

- 1° l'auteur;
- 2° tout titulaire d'un droit réel sur le bien concerné, à l'exception de l'hypothèque ou de l'antichrèse;
- 3° toute personne qui fait usage du bien concerné;
- 4° le procureur du Roi;
- 5° le collège communal;
- 6° le Gouvernement de la Région wallonne.

§ 7 – Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision relative à la conformité, l'auteur peut introduire un recours auprès du Gouvernement. Ce recours motivé est introduit par recommandé. Le Gouvernement dispose d'un délai de trente jours calendrier pour statuer. Si la décision n'est pas transmise dans le délai prévu, la décision prise en première instance est censée être confirmée.

§ 8 – Toute demande de permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26 qui se rapporte à des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal de constat a été dressé conformément aux articles 44 ou 46, et qui n'a pas été introduite dans le cadre d'un examen de conformité conformément au présent article, est déclarée irrecevable jusqu'à ce que

1° une décision relative à la conformité passée en force de chose jugée conformément aux paragraphes 3 et 4 ait été prise;

2° la mise en œuvre des mesures administratives conformément à l'article 46.3 soit confirmée par le Gouvernement;

3° le paiement d'une amende administrative conformément à l'article 46.4 soit confirmé par le Gouvernement;

4° un jugement exécutoire soit prononcé conformément à l'article 46.5.

§ 9 – Le montant de l'amende transactionnelle mentionné aux §§ 3 et 4 est calculé comme suit, sans que ce montant puisse être inférieur à 250 euros, ni supérieur à 25 000 euros :

1° construction, reconstruction ou extension de bâtiments destinés au logement, de bâtiments à usage agricole, de dépendances, de volumes annexes ou isolés tels que sous-sols, garages, vérandas, serres, abris de jardin, abris pour animaux : 50 euros par m³ mesuré à l'extérieur;

2° construction, reconstruction ou extension de bâtiments à usage industriel, commercial, professionnel ou de bureau : 100 euros par m³ mesuré à l'extérieur;

3° placement d'installations fixes : 200 euros par m² d'emprise au sol ou 200 euros par mètre courant calculé en hauteur, le montant le plus élevé étant appliqué;

4° placement d'enseignes et de dispositifs de publicité : 200 euros par m²;

5° démolition : 50 euros par m² d'emprise au sol;

6° transformation d'un bâtiment construit ou à construire portant atteinte à ses structures portantes : 500 euros;

7° transformation d'un bâtiment construit ou à construire impliquant une modification de sa volumétrie : 50 euros par m³ mesuré à l'extérieur;

8° modification de l'aspect de matériaux de toiture ou de parement des élévations : 50 euros par m²;

9° ouverture, modification ou obturation de baies en toiture ou en élévation : 500 euros par baie;

10° remplacement de portes ou châssis : 500 euros par porte ou châssis;

11° modification sensible du relief du sol, en ce compris la création de retenues d'eau ou le creusement d'excavations : 20 euros par m³;

12° boisement ou déboisement : 20 euros par m² de surface boisée ou déboisée;

13° abattage d'arbres ou de haies : 500 euros par arbre ou 50 euros par mètre courant de haie abattue;

14° modification de l'aspect d'arbres ou de haies : 250 euros par arbre ou 25 euros par mètre courant de haie;

15° défrichage ou modification de la végétation : 50 euros par m² de surface défrichée ou modifiée;

16° dépôt de véhicules usagés : 200 euros par véhicule;

17° dépôt de mitrailles, de matériaux, de déchets : 50 euros par m³;

18° placement d'installations mobiles, telles que roulottes, caravanes et tentes : 200 euros par installation;

19° construction de murs : 200 euros par mètre courant;

20° pose de clôtures : 50 euros par mètre courant;

21° pose de portiques ou portillons : 500 euros par portique ou portillon;

22° réalisation d'ouvrages d'art tels que ponts, tunnels, routes, canalisations : 20 % du coût estimé des travaux;

23° omission de la demande de permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26 : 250 euros;

24° réalisation d'actes ou de travaux non mentionnés aux 1° à 24° : de 250 euros au moins à 25 000 euros au plus.

Les montants mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont adaptés, au 1^{er} janvier de chaque année, à l'indice des prix à la consommation. Cette adaptation ne peut mener à un dépassement du montant de 25 000 euros.

Art. 46.3 – Mesures administratives après verbalisation

§ 1^{er} – Si, conformément à l'article 46.1, le Gouvernement prend des mesures administratives, il peut, sur proposition du fonctionnaire ou de l'agent verbalisant et sans préjudice des autres mesures prévues dans le présent chapitre :

1° dans un délai fixé par lui et qui ne peut dépasser douze mois, ordonner la remise totale ou partielle en l'état initial ou la réalisation de mesures modificatives;

2° apposer des scellés sur le bien concerné et, si nécessaire, procéder à sa fermeture temporaire immédiate;

3° prendre toute autre mesure nécessaire afin de corriger ou d'empêcher un dommage au bien classé, au bien, au site ou à un sondage archéologiques.

La décision du Gouvernement vaut permis ou autorisation conformément aux articles 13, 25.1 ou 26.

§ 2 – La décision du Gouvernement est transmise par recommandé aux personnes et institutions suivantes :

1° l'auteur;

2° tout titulaire d'un droit réel sur le bien concerné, à l'exception de l'hypothèque ou de l'antichrèse;

3° toute personne qui fait usage du bien concerné;

4° le procureur du Roi;

5° le collège communal;

6° le Gouvernement de la Région wallonne.

§ 3 – Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision prise par le Gouvernement, l'auteur peut introduire un recours auprès du tribunal correctionnel. Les dispositions du Code judiciaire sont applicables aux recours introduits auprès du tribunal correctionnel.

§ 4 – Lorsque l'auteur omet de prendre dans le délai prévu les mesures nécessaires à la protection du bien, le Gouvernement peut d'office mettre en œuvre la mesure ordonnée, et ce, à charge de l'auteur.

Le Gouvernement peut obliger l'auteur, conformément aux modalités fixées à l'article 10.1, à déposer une caution ou garantie en tant que cautionnement des travaux à réaliser.

Art. 46.4 – Imposition d'amendes administratives

§ 1^{er} – Les infractions constatées sont poursuivies au moyen d'amendes administratives, sauf si :

1° le procureur du Roi, dans un délai de soixante jours calendrier suivant la demande qui lui a été adressée, a communiqué son intention de poursuivre pénalement l'infraction constatée;

2° une décision relative à la conformité, passée en force de chose jugée conformément à l'article 46.2, § 3 et 4, a été prise;

Les poursuites pénales ou la transaction excluent toutes deux l'imposition d'une amende administrative.

§ 2 – L'amende administrative s'élève à 250 euros au moins et 50 000 euros au plus.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant la verbalisation, l'amende mentionnée à l'alinéa 1^{er} est doublée.

§ 3 – À dater de la réception du procès-verbal constatant l'infraction ou au terme du délai fixé à l'article 46.2, § 1^{er}, § 3, alinéa 2, ou § 4, alinéa 2, le Gouvernement dispose d'un délai de six mois pour imposer une amende administrative.

§ 4 – Si le Gouvernement décide qu'il y a lieu d'entamer une procédure administrative, il communique au contrevenant par recommandé :

1° les faits et leur qualification;

2° la possibilité pour le contrevenant d'exposer, par lettre recommandée, ses moyens de défense dans un délai de quinze jours calendrier à compter du jour de la notification, et son droit, à cette occasion, de demander au Gouvernement de présenter oralement sa défense;

3° le droit pour le contrevenant de se faire assister ou représenter par un conseil;

4° le droit pour le contrevenant de consulter son dossier;

5° une copie du procès-verbal constatant l'infraction.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à exposer oralement sa défense.

§ 5 – Après l'expiration du délai fixé au § 4, 2°, ou avant l'expiration de ce délai, lorsque le contrevenant signifie ne pas contester les faits ou, le cas échéant, après la défense orale ou écrite de l'affaire par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut infliger l'amende administrative.

Le Gouvernement notifie sa décision au contrevenant par recommandé.

La notification reprend également les informations mentionnées aux articles 9, § 1^{er}, 10 et 12, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 6 – La décision d'imposer une amende administrative a force exécutoire à l'expiration du délai d'un mois à compter du jour de sa notification, sauf en cas de recours conformément au § 7.

L'amende administrative est perçue au profit de la Communauté germanophone.

Elle est payée dans le délai d'un mois qui suit le jour où la décision a acquis force exécutoire, par versement ou virement sur un compte du Gouvernement, au moyen d'un bulletin de versement ou de virement.

§ 7 – Par une demande écrite introduite auprès du tribunal correctionnel, le contrevenant peut introduire un recours dans le mois suivant la notification de la décision.

Le tribunal correctionnel statue dans le cadre d'un débat contradictoire et public sur le recours introduit contre l'amende administrative. Il juge de la légalité et de la

proportionnalité de l'amende imposée. Il peut soit confirmer soit réformer la décision du Gouvernement.

La décision du tribunal correctionnel n'est pas susceptible d'appel.

Les dispositions du Code judiciaire sont applicables aux recours introduits auprès du tribunal correctionnel.

Art. 46.5 – Recouvrement des amendes administratives

Le Gouvernement désigne les personnes chargées de recouvrer les amendes administratives incontestées et exigibles ainsi que les frais de recouvrement éventuellement engendrés.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont habilitées à :

1° délivrer une contrainte;

2° viser la contrainte, la déclarer exécutoire et la signifier au contrevenant, le cas échéant, par huissier de justice;

3° octroyer un sursis de paiement ou un échelonnement aux débiteurs qui peuvent justifier d'une situation particulièrement précaire.

Art. 46.6 – Prescription des amendes administratives

Les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à compter de la date à laquelle elles doivent être payées.

Ce délai peut être interrompu soit tel que prévu par les articles 2244 et suivants du Code civil, soit par une renonciation à la prescription acquise. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle prescription susceptible d'être interrompue de la même manière est acquise cinq ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription sauf s'il y a instance en justice.

Art. 46.7 – Poursuite judiciaire

§ 1^{er} – Nonobstant les autres mesures prévues dans le présent chapitre, le Gouvernement peut, à propos des infractions mentionnées à l'article 43, exiger devant le tribunal correctionnel que :

1° les lieux soient remis en leur état initial;

2° des travaux d'aménagement soient réalisés.

Outre la pénalité, le tribunal ordonne, à la demande du Gouvernement, la mesure de remise en état exigée. Le tribunal fixe à cette fin un délai qui ne peut dépasser douze mois.

Les droits de la partie civile se limitent à la mesure choisie par le Gouvernement, sans préjudice du droit à un dédommagement à charge du condamné.

§ 2 – À défaut pour le Procureur du Roi d'avoir marqué son intention de poursuivre dans les nonante jours de la demande qui lui est faite, le Gouvernement peut, à propos des infractions mentionnées à l'article 43, exiger devant le tribunal civil que :

1° les lieux soient remis en leur état initial;

2° des travaux d'aménagement soient réalisés.

Le tribunal ordonne, à la demande du Gouvernement, la mesure de remise en état exigée. Le tribunal fixe à cette fin un délai qui ne peut dépasser douze mois.

Les droits du tiers lésé agissant soit concurremment avec le Gouvernement, soit séparément de lui sont limités pour la réparation à celle choisie par le Gouvernement, sans préjudice du droit à l'indemnisation à charge du condamné.

§ 3 – Sans préjudice de l'application du chapitre XXIII du livre IV de la quatrième partie du Code judiciaire, le jugement ordonne que, lorsque les lieux ne sont pas remis en état ou les travaux et ouvrages ne sont pas exécutés dans le délai prescrit, le Gouvernement et éventuellement la partie civile pourront pourvoir d'office à son exécution.

Le Gouvernement ou la partie civile qui exécute le jugement a le droit de vendre les matériaux et objets résultant de la remise en état des lieux, de les transporter, de les entreposer et de procéder à leur destruction en un lieu au choix.

Le condamné est contraint au remboursement de tous les frais d'exécution, déduction faite du prix de la vente des matériaux et objets, sur présentation d'un état taxé et rendu exécutoire par le juge des saisies. La peine est exécutée par un juge des saisies.

§ 4 – Le condamné informe le Gouvernement par recommandé huit jours calendrier avant le début des travaux.

Un avis mentionnant que les travaux sont l'objet d'un jugement prononcé conformément au présent article doit être affiché par le condamné sur le bien en question, le long de la rue, pendant la durée totale des travaux et doit être lisible depuis la rue.

Art. 46.8 – Inscription auprès du bureau des hypothèques

La citation devant le tribunal correctionnel en vertu de l'article 46.7, § 1^{er}, ou l'exploit introductif d'instance prévu par l'article 46.7, § 2, est transcrit à la conservation des hypothèques de la situation des biens, à la diligence de l'huissier de justice auteur de l'exploit.

La citation ou l'exploit doit contenir la désignation cadastrale de l'immeuble objet de l'infraction et en identifier le propriétaire dans la forme prescrite conformément à l'article 139 de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851.

Ce qui suit est mentionné en marge de l'inscription de la citation ou de l'exploit, et ce, conformément à la procédure prévue à l'article 84 de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851 :

- 1° toute décision rendue en la cause;
- 2° le certificat du Gouvernement attestant que :
 - a) le jugement a été exécuté;
 - b) une décision relative à la conformité passée en force de chose jugée conformément à l'article 46.2, §§ 3 et 4, a été prise;
 - c) l'auteur a exécuté les mesures administratives conformément à l'article 46.3.

Lorsque le Gouvernement ou les tiers sont obligés, par suite de la carence du condamné, de pourvoir à l'exécution du jugement, la créance naissant de ce chef à leur profit est garantie par une hypothèque légale dont l'inscription, le renouvellement, la réduction et la radiation totale ou partielle sont opérés conformément aux dispositions des chapitres IV et V de la loi hypothécaire du 16 décembre 1851.

Cette garantie s'étend à la créance résultant de l'avance faite par eux du coût des formalités hypothécaires, lequel est à charge du condamné. »

Art. 27 – Dans le même décret, il est inséré, après le chapitre VII, un chapitre VIII, comportant les articles 47 à 55, intitulé comme suit :

« Chapitre VIII - Dispositions finales ».

Art. 28 – À l'article 53 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} et 2 forment le paragraphe 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Les procédures en cours au 31 décembre 2017 sont poursuivies conformément aux prescriptions valables à ce moment. »

Art. 29 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS